

## **Wortprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Wissenschaft und Forschung**

13. Sitzung  
28. November 2022

Beginn: 10.09 Uhr  
Schluss: 12.42 Uhr  
Vorsitz: Franziska Brychcy (LINKE)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

##### **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0006](#)  
**Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf**  
**Forschung, Lehre und Studium**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU) WissForsch
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0024](#)  
**Studieren in der Pandemie – Studienbedingungen,**  
**Soziale Lage, Prüfungsbedingungen**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis  
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke ) WissForsch
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0025](#)  
**Lehren und forschen in der Pandemie – Lehr-,**  
**Arbeits- und Forschungsbedingungen von**  
**Wissenschaftler\*innen**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis  
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke ) WissForsch

Hierzu: Anhörung

Ich begrüße unsere Anzuhörenden vor Ort. Das sind Herr Prof. Dr. Martin Möckel, Prodekan für Studium und Lehre an der Charité – Universitätsmedizin Berlin, Frau Susanne Plaumann, Sprecherin der Landeskonferenz der Frauenbeauftragten an den Berliner Hochschulen – La-KoF –, Herrn Gabriel Tiedje von der LandesASTenKonferenz Berlin und Herrn Prof. Dr. Günter M. Ziegler, Vorsitzender der Landeskonferenz der Rektoren und Präsidenten der Berliner Hochschulen und Präsident der FU Berlin. Digital zugeschaltet ist Frau Dr. Annette Simonis, Vorstandssprecherin der Landesvertretung Akademischer Mittelbau Berlin – LAMB. – Herzlich willkommen Ihnen allen! Ich stelle kurz fest, dass auch Sie mit dem Vorgehen, insbesondere mit der Liveübertragung und den Bild- und Tonaufnahmen einverstanden sind und nehme keinen Widerspruch war. Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – Das ist der Fall. Möchten Sie, Herr Grasse, kurz den CDU-Besprechungspunkt begründen und danach ein Vertreter, eine Vertreterin, der Koalitionsfraktionen? – Dann ist zuerst Herr Grasse an der Reihe und danach Frau Dr. Czyborra.

**Adrian Grasse (CDU):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Das mache ich gerne, und ich mache es gerne kurz. Es ergibt sich quasi aus dem Titel der Anhörung, und wir sind schon deutlich drüber. Die Coronapandemie hat den Wissenschafts- und Forschungsbetrieb in den zurückliegenden Semestern vor enorme Herausforderungen gestellt. Die Hochschulen haben große Anstrengungen unternommen, um die pandemiebedingten Auswirkungen möglichst abzumildern. Weiterhin ist die Situation nach wie vor sehr belastend, auch wenn wir etwas andere Rahmenbedingungen haben. Deswegen wollen wir heute die Gelegenheit nutzen, um im Rahmen dieser Anhörung zu erfahren, wie sich die aktuelle Situation an unseren Hochschulen darstellt. Ich bin sehr dankbar dafür, dass die Anzuhörenden heute die Gelegenheit

gefunden haben, in den Ausschuss zu kommen, bzw. sich digital zuzuschalten. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Franziska Brychey:** Für die Punkte der Koalition ist jetzt Frau Dr. Czyborra an der Reihe

**Dr. Ina Maria Czyborra (SPD):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Wir haben auf der einen Seite die Frage nach dem Studieren in der Pandemie, ähnlich wie die CDU-Fraktion. Wir sind im dritten Jahr dieser Pandemie, und insofern hat sich in den letzten Jahren viel ergeben, was an Möglichkeiten ausgefallen ist. Waren das erschwerte Bedingungen? Wir fragen danach, was die Langzeitfolgen sind, was vielleicht noch getan werden muss, um auch Langzeitfolgen zu mindern und was die soziale Situation der Studierenden ist. Das sind interessante Fragen, aber Punkt c), Lehren und Forschen in der Pandemie, ist genauso wichtig. Auch hier fragen wir zum Beispiel die LaKoF danach, wie es insbesondere Wissenschaftlerinnen geht. Es gab Begriffe wie Gender Publication Gap. Wie stark waren und sind gerade Frauen in der Forschung immer noch betroffen von Zusatzbelastungen? Wie ist das mit den internationalen Netzwerken, den Beschäftigungsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses? Was ist in internationalen Kooperationen an Schäden entstanden? Was hat das für Auswirkungen auf unseren Exzellenzstandort, auch auf die Berlin University Alliance, auf die zukünftige Entwicklungen? Haben sich Fragestellungen vielleicht auch verschoben? Immer ganz wichtig: Was kann das Parlament dazu beitragen, dass Probleme gelöst werden? – Vielen Dank!

**Vorsitzende Franziska Brychey:** Vielen Dank! – Wir kommen jetzt zur Anhörung. Im Anschluss an Ihr kurzes Eingangsstatement – ungefähr fünf Minuten – besteht die Möglichkeit, die Fragen der Abgeordneten zu beantworten. Wir würden in folgender Reihenfolge vorgehen. Zuerst Herr Prof. Dr. Möckel, Frau Plaumann, Herr Tiedje, Herr Prof. Dr. Ziegler und zum Schluss Frau Dr. Simonis, wenn Sie damit einverstanden sind. – Okay! Dann gebe ich das Wort an Herr Prof. Dr. Möckel.

**Dr. Martin Möckel (Charité – Universitätsmedizin Berlin):** Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Liebe Abgeordnete! Frau Senatorin! Erst einmal vielen Dank, dass wir von Ihnen angehört werden! Wir freuen uns, dass sich die Politik auch für die Universitätsmedizin und die Belastungen, die wir hatten und haben, interessiert. Ich möchte erst einmal kurz zusammenfassen, was in den letzten zweieinhalb Jahren passiert ist, und dabei berücksichtigen, was in den Anfragen gewünscht war.

Das weltweite Pandemiegeschehen hatte uns wissenschaftlich, insbesondere durch Herrn Prof. Drosten, der in der Coronaforschung weit vorne ist, schon sehr früh erreicht, sodass wir uns schon Monate, bevor der erste Patient am 1. März 2020 in Berlin diagnostiziert wurde, fachlich und inhaltlich auf die Lage vorbereiten konnten. Das hat uns einen gewissen Vorsprung verschafft. Die Besonderheit der Charité ist ja, dass wir in einer solchen Lage nicht nur eine Einrichtung sind, die forscht und lehrt, sondern auch eine, die medizinische Kompetenz in diesem Bereich abbildet. Das hat sehr viele Vorteile und ist aus meiner Sicht ein ganz klares Argument für das Integrationsmodell der Universitätsmedizin, das wir in Deutschland haben.

Wir sind wie andere Krankenhäuser, aber auch wie andere Hochschulen in eine Extremsituation geraten. Die Lage im Land Berlin ist sehr gut organisiert worden, weil es von der Senats-

verwaltung früh diese Taskforce gab, in der sich auch die Hochschulen untereinander auf Maßnahmen verständigen konnten. Was wir insbesondere an der Charité gebraucht haben, waren Ausnahmeregelungen in einer Lockdownphase, um unter starken Mobilitätseinschränkungen und Kontaktbeschränkungen überhaupt Lehre durchführen zu dürfen. Wir haben von vornherein auf dem Standpunkt gestanden, dass wir Ärzte und Ärztinnen ausbilden, also diejenigen, die morgen Coronakranke versorgen, und dass es deswegen notwendig ist, auch in einer Pandemie weiter praktischen Unterricht durchzuführen. Die entsprechenden Abweichungsverordnungen haben uns geholfen, das zu machen.

Wir haben uns anhand einiger Kernpunkte auf den Unterricht in der Pandemie eingestellt. Wir haben sehr früh eine Testpflicht für unsere Studierenden eingeführt, die auch analog zu der Testpflicht der Mitarbeitenden ausgerichtet wurde. Wir hatten eine Maskenpflicht, die wir immer noch im Klinikum aufrechterhalten, wir hatten bis einschließlich des Wintersemesters 2021/22 ausgeprägte Abstandsregeln und eine geringere Raumbelastung praktiziert, was uns vor sehr viele organisatorische Schwierigkeiten gestellt hat, die aber lösbar waren, und wir hatten gesonderte Vorgaben für Praktika und den patientennahen Unterricht. Wir sind auch ein bisschen stolz darauf, dass wir während der gesamten Pandemie patientennahen Unterricht durchgeführt haben, dass wir ihn sicher durchgeführt haben und dass wir damit auch unseren Beitrag geleistet haben, trotz Pandemie sehr gute und exzellente Ärzte und Ärztinnen zur Verfügung zu haben.

Wir haben die Studierenden wie auch die Mitarbeitenden aus dem Prodekanat heraus auf SARS-CoV-2 beobachtet und haben sie auch persönlich nachverfolgt. Das heißt, wir haben im persönlichen Kontakt immer Unterstützung angeboten. Ich weiß nicht, wie Ihnen das ging, aber gerade im ersten Jahr der Pandemie war das für die Betroffenen eine sehr große Belastung, wenn sie positiv waren. Sie wussten oft auch gar nicht genau, was sie machen mussten. Die Gesundheitsämter waren überlastet, und man bekam vom Gesundheitsamt eigentlich erst Post, wenn man wieder gesund war. Da haben wir persönlich jeden einzelnen Studierenden, der betroffen war, unterstützt.

Die Durchführung der Lehre in der Pandemie selbst war so, dass wir allen den gesamten Unterricht, der nicht patientennah war, online durchgeführt haben. Ich sage noch einmal bewusst online, weil nachher vielleicht noch eine Frage zu Hybridunterricht kommt. Wir machen nach wie vor keinen Hybridunterricht. Hybridunterricht würde unserer Ansicht nach bedeuten, dass wir einige Studierende vor Ort haben und andere nicht. Wir können später darüber reden, ob das sinnvoll ist oder nicht. Dazu gibt es entsprechende Forschungsprojekte, die laufen. Wir haben im Sommersemester sehr viele Studierende als studentische Hilfskräfte beschäftigt, die in verschiedenen Bereichen des Klinikums geholfen haben, und haben für einige Monate das Praktische Jahr vergütet. Wir haben alle Verwaltungsverfahren digitalisiert, wir haben großzügige Kulanzregelungen für Studierende bei kurzfristigen Abmeldungen, bei Krankheit etc. umgesetzt. Wir haben die Prüfungen in Präsenz mit einem extra Hygienekonzept versehen, Prüfungsrücktritte erleichtert und längere Prüfungszyklen erlaubt. Die Freiversuchsregelung ist ja gesetzlich verankert und gilt bis heute.

Ich möchte darauf hinweisen, dass in der Lehre – dann komme ich ganz kurz zur Forschung – zwei Sachen in der Pandemie gelungen sind. Das eine ist die Einführung des Bachelorstudiengangs Pflege im Wintersemester 2020/21, der in diesem Wintersemester erfolgreich die Gamma-Kohorte immatrikuliert hat, und im Wintersemester 2021/22, schon fortgeschritten in

der Pandemie, den Bachelor Angewandte Hebammenwissenschaft, der auch notwendigerweise umgesetzt werden musste, weil der Lehrberuf der Hebamme nicht mehr weiter existiert.

Im Rahmen der Forschung ist es so, dass wir eine besondere Rolle gespielt haben – und Frau Senatorin hat es gerade zu unserem Stolz erwähnt, dass wir bei der Einwerbung von ERC-Grants erfolgreich waren. Wenn Sie bedenken, dass das einen Vorlauf hat, sind das alles Grants, die letztlich aus der Pandemie heraus gewährt werden, also ein großer Erfolg, auf den wir auch sehr stolz sind. Die Forschung war aber auch immer ein Partner der Politik und des öffentlichen Gesundheitswesens für die Bewältigung der Pandemie durch unsere besondere Expertise in der Virologie, der Impfwissenschaft und der Intensiv- und Notfallversorgung. Insofern war es so, dass wir einerseits den Lehrbetrieb, den Forschungsbetrieb, andererseits auch den wissenschaftlichen Krankenhausbetrieb aufrechterhalten mussten. Das hat, wie sich jetzt im Ausklang der Pandemie zeigt, in allen Bereichen doch sehr viel Kraft gekostet.

Wir hatten ein risikoadaptiertes Forschungskonzept. Das heißt, dass klinische Studien eingeschränkt möglich waren. Das hat uns insbesondere erlaubt, Forschung im Bereich von Covid-19 durchzuführen. Sie wissen, dass auf die Initiative von Herrn Prof. Kroemer das nationale Forschungsnetz der Universitätsmedizin ins Leben gerufen wurde, das seither bei uns administriert wird; wir haben da eine gewisse Rolle als Projektträger übernommen, die langfristig noch einmal diskutiert werden muss, weil das unsere Strukturen zusätzlich belastet. Wir sind in dem Bereich sehr erfolgreich gewesen und haben auch aus diesem Bereich einen großen Teil zusätzlicher Drittmittel einwerben können. Meine Kollegen und Kolleginnen aus der Forschung haben mir aufgetragen, Ihnen drei Highlights aus der Forschung zu berichten, nämlich einmal das Nationale Centrum für Tumorerkrankungen, was in dieser Zeit etabliert worden ist, und dann die zahlreichen erfolgreichen Verbundforschungsprojekte. Wir haben einen neuen SFB, eine neue DFG-Forschergruppe und Zentren der nationalen Gesundheitsversorgung eingeworben.

Abschließend der Ausblick: Seit dem Sommersemester 2022 sind wir wieder komplett in Präsenz. Das war im Sommersemester noch ein bisschen aufregend, jetzt ist das relativ normal geworden. Das studentische Leben hat sich aus unserer Sicht wieder deutlich normalisiert. Wir sind auch mit der Fachschaftsinitiative im engen Dialog, was zum Beispiel studentische Veranstaltungen betrifft. Da sind wir, was zum Beispiel das Kabarett betrifft – wir haben ein relativ berühmtes Kabarett an der Charité –, auf dem Weg der Normalisierung. Ansonsten ist es so, dass wir an der Charité weiterhin eine Maskenpflicht haben. Das gilt auch für alle Studierenden. Wir haben auch weiterhin eine Testpflicht, die wir auch auf die Studierenden ausrollen, sodass die Studierenden, wenn sie Präsenzunterricht haben, einen nicht länger als 48 Stunden zurückliegenden Test vorlegen müssen. Die Tests stellen wir den Studierenden zur Verfügung. – Das vielleicht von meiner Seite als Auftakt! Vielen Dank!

**Vorsitzende Franziska Brychey:** Vielen herzlichen Dank! – Dann machen wir gleich mit Frau Plaumann weiter.

**Susanne Plaumann** (Landeskonferenz der Frauenbeauftragten an Berliner Hochschulen – LaKoF): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Vielen Dank für die Gelegenheit zum Sprechen! Meine Vorgängerin Frau Dr. Andresen hatte bereits bei der letzten Anhörung zum Thema darauf hingewiesen, dass die Folgen der Pandemie langfristig beo-

bachtet werden müssen. Mittlerweile vorliegende Studien sprechen von einem pandemiebedingten Gender Publication Gap, wie schon genannt. Sie weisen nach, dass Wissenschaftlerinnen in der Pandemie weniger Paper zur Veröffentlichung eingereicht haben als in der Zeit vor Corona. Weitere Studien weisen nach, dass Wissenschaftlerinnen mit Kindern besonders betroffen waren. Die Verteilung der Sorgearbeit ist während der Pandemie noch zu Ungunsten der Frauen ungleicher geworden. Der Mental Load für Frauen während der Pandemie ist gestiegen, häusliche Gewalttaten gegen Frauen haben zugenommen. Ich beziehe mich hierbei insbesondere auf die Ergebnisse der Studie des Wissenschaftszentrums Berlin, „Die Auswirkung von Covid-19 auf die wirtschaftliche und soziale Situation von Frauen in Berlin“, von 2021.

Was bedeutet das für die Wissenschaftlerinnen an den Berliner Hochschulen? – Neben den unmittelbaren, messbaren Effekten wie geringerer wissenschaftlicher Output in Artikeln, Tagungen usw., weniger Drittmittelanträgen, Verzögerungen beim Erreichen der wissenschaftlichen Qualifikation und der höheren Belastung bei der Kinderbetreuung wird es langfristig Effekte geben. Ich kann nicht genug betonen, wie ungünstig die Lage momentan ist. Aufgrund der BerlHG-Novelle können Postdocstellen unbefristet besetzt werden. Hier ist besondere Aufmerksamkeit gefragt. Wir rechnen damit, dass ohne entsprechende Gegenmaßnahmen die Frauenanteile in den wissenschaftlichen Positionen, Promotionen, Habilitationen und Professuren sinken werden.

Warum? – An allen Hochschulen gibt es Unterbrechungen und Verzögerungen von Studienabschlüssen und Promotionen und geringere Forschungsleistungen von Professorinnen. Das belegt eine Untersuchung des Wissenschaftszentrums Berlin, „Publizieren im Lockdown“ von Rusconi, Netz und Solga, WZB-Mitteilungen 2020. Insbesondere an den Universitäten und der Charité werden geringere Publikationsleistungen die Chancen von Wissenschaftlerinnen in Auswahlverfahren verschlechtern. Wie gesagt, vor dem Hintergrund der anstehenden Besetzung von unbefristeten Postdocstellen ist das für die Berliner Universitäten ein gravierendes Problem. Wir gehen davon aus, dass es sich auf den Gender Pay Gap und auf Professuren ebenfalls auswirken kann oder wird. Die Kunst- und Kulturbranche hat in der Pandemie stark gelitten. Prekär beschäftigte Künstlerinnen werden noch größere Schwierigkeiten beim Zugang und den Nachweis von Leistungen an den Kunsthochschulen haben. An diesem Hochschultyp gibt es wenig einheitliche Standards bzw. Kriterien für die Leistungsbemessung, weshalb Instrumente wie die Relativierung des akademischen Alters hier nicht greifen werden. Durch die Veränderungen am Arbeitsmarkt wird die Situation an den HAW ebenfalls schwierig, von denen vor allem Frauen betroffen sind, ob in der Selbstständigkeit oder auf ihrem Karriereweg. Für Auswahlprozesse gilt Ähnliches wie an den Universitäten.

Sehr geehrte Abgeordnete! Uns allen ist bewusst, dass das Thema komplex ist und langfristig betrachtet werden muss. Darüber hinaus haben wir auch damit zu kämpfen, dass es sich um ein Tabuthema im Wissenschaftsbereich handelt – Krankheit und Karriere ebenso wie Kinder und Karriere. Ich beziehe mich hier insbesondere auf den Sammelband „Mutterschaft und Wissenschaft in der Pandemie. (Un-)vereinbarkeit zwischen Kindern, Care und Krise“, erschienen 2022 von Czerney, Eckert und Martin. Meine Kolleginnen berichten davon, wie schwierig eine Diskussion über Maßnahmen ist. An den Berliner Hochschulen sind bislang nur wenig konkrete Kompensationsmaßnahmen zur Berücksichtigung der pandemiebedingten Nachteile für Wissenschaftlerinnen ergriffen worden. Ich kann exemplarisch drei nennen: die Verlängerung um ein Jahr bei haushaltsfinanzierten Promotionsstellen. Zum Beispiel an mei-

ner Hochschule BHT, aber auch an der HWR wird das als Maßnahme diskutiert. An der HWR ist auch ein kleines Forschungsprojekt vorgesehen, welche Auswirkungen der geringere wissenschaftliche Output insbesondere von Professorinnen auf die Leistungsbewertung hat. Eine einfache, aber wirksame Maßnahme ist an der Charité die Anpassung der Habilitationsordnung, sodass Frauen mit minderjährigen Kindern und Alleinerziehende ein, bis zwei Co-Autorenschaften in der Wertung der Publikationsgruppe von Erst- und Letztautorenschaften aufnehmen lassen können.

Ich komme zum Schluss und nenne noch einmal drei Punkte. Ich möchte als LaKoF-Vertretung betonen, dass weitere Maßnahmen folgen müssen, um der zusätzlichen durch die Pandemie bedingten Benachteiligung von Frauen entgegenzuwirken. Erstens: Wir brauchen weitere Beobachtungen der Situation und deren Bewertung durch besser aufbereitete Gleichstellungsdaten auf Landesebene, insbesondere ein Berufungsmonitoring, die dem Wissenschaftsausschuss regelmäßig vorgelegt werden. Es wäre eine sehr große Unterstützung für die Arbeit an den Hochschulen, wenn es eine Aufforderung der Senatsverwaltung Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung gibt, weitere Instrumente für Berufungsverfahren zu entwickeln, die das akademische Alter von Wissenschaftlerinnen berücksichtigen. Bei den Umsetzungskonzepten für entfristete Postdocstellen müssen die Auswirkungen der Coronapandemie berücksichtigt und Zielzahlen festgelegt werden. Ich verweise hier auf das Positionspapier der LaKoF. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Vielen lieben Dank! – Wir machen mit Herrn Tiedje weiter.

**Gabriel Tiedje** (LandesAStenKonferenz): Vielen Dank! – Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin! Sehr geehrte Abgeordnete! Vor ungefähr fünf Monaten saß ich für die Studierenden zum letzten Mal zu diesem Thema hier, und da hatte ich schon darum gebeten, dass wir die Maßnahmen nicht wieder nur für das laufende Semester festlegen, sondern mit etwas Planungshorizont, weil das allen Stellen – den Studierenden, aber auch den Hochschulverwaltungen, den Professorinnen und Professoren – die Schwierigkeiten gemacht hat zu schauen, was die Bedingungen für das nächste Semester sind. Die Pandemie ist noch nicht vorbei. Man spürt das als Studierender auch auf dem Campus. Wie Herr Prof. Möckel gesagt hat, das Campusleben existiert wieder. Das ist sehr schön; dann geht man in das Studicafé, dann geht man zur Fachschaftsini und hört: Okay, XYZ liegt wegen Corona zu Hause. – Das macht schon ein mulmiges Gefühl und wenn Studierende in der aktuellen Situation aus guten Gründen sich selbst oder ihre Kommilitonen schützen wollen, wenn das Risiko besteht, dass man sich vielleicht Corona eingefangen hat, dann wird man damit aktuell ziemlich im Regen stehen gelassen. Maßnahmen wie die Fristverlängerung und Freiversuchsregelungen sind ausgelaufen.

An den anderen Hochschulen außer der Charité gilt keine Masken- und Testpflicht mehr. Das heißt, wenn ich als Studierender in der Situation bin, dass ich in drei Tagen meine Oma besuchen möchte, die pflegebedürftig ist, ich ihr nichts aus dem Hörsaal einschleppen möchte und eben nicht Hybrid angeboten wird, dann stehe ich vor einer schwierigen Entscheidung. Entscheide ich mich dafür zu sagen: Okay, ich lasse es dieses Semester wieder sein und gehe nicht zu der einen Vorlesung, weil das Nacharbeiten schwer wird und noch einmal durchfallen nicht mehr funktioniert, weil es keine Freiversuchsregelung mehr gibt, oder stecke im Zweifel meine Oma an, weil neben mir einer sitzt, der doch mit Corona da ist?

Die Coronazahlen sind auch auf einem nicht ganz so niedrigem Niveau. Die sind nicht so niedrig wie es 2021 im Großteil des Jahre war, im Gegenteil, die sind auf einem stabil niedrigen Niveau, die sinken aktuell; das ist der letzte Stand, die letzte Welle ging sehr schnell hoch und dann wieder sehr schnell runter. Die fand zu Beginn des Semesters statt. Wenn man dort vielleicht in der ersten Vorlesungswoche schon gefehlt hat und dann vielleicht aus einem anderen Krankheitsgrund im November gefehlt hat – es gehen gerade auch sehr viele andere Krankheiten herum –, dann steht man vor dem Problem, dass man in allen Veranstaltungen, die eine Anwesenheitspflicht haben, wovon es an den verschiedenen Hochschulen durchaus einige gibt, nicht mehr fehlen darf. Geht man dann verschnupft dahin, auch wenn das Risiko besteht, dass es vielleicht Corona ist? Gerade Studierende mit Kindern sind davon massiv betroffen. Wenn das Kind nach der Schule nach Hause kommt, neben dem Jungen saß, der jetzt wegen Corona fehlt, und jetzt mit einer Schniefnase zu Hause ist, wie gehe ich damit um? Der Test ist noch negativ, ich kann mich noch nicht einmal richtig krankschreiben lassen; es ist eigentlich ein Schnupfen, solange da kein positives Testergebnis vorliegt. Fehle ich dann, oder gehe ich dahin?

Ich glaube, diese Selbstverantwortung, die gefordert wird, die vielleicht auch scheint, der richtige Ansatz zu sein, wird nicht unterstützt, und das ist das Problem. Die Selbstverantwortung wird an allen Stellen nicht unterstützt. Es passiert auf der Ebene der Lehrenden. Die Lehrenden, die sich die Mühe machen, Hybridveranstaltungen anzubieten, sich die Mühe machen, dort extrem viel Arbeitszeit in eine gute, hybride Lehre reinstecken, die beide Gruppen von Studierenden, diejenigen die auf Nummer sicher gehen wollen und diejenigen, die auf dem Campus, ich brauche den Campus als Lernort, mitnehmen wollen, werden mit den Mehraufwänden genauso im Regen stehen gelassen, wie die Studierenden, die sich im Zweifel entscheiden müssen, wenn sie gerade nicht das passende Angebot bekommen.



Das ist auch ein Problem. Es gibt an allen Hochschulen, so wie ich das überblicken kann, immer noch einzelne Lehrende, die 100 Prozent Online machen. Das freut die Studierenden, die sich schützen wollen, führt dann aber zu Problemen, dass direkt auf die Onlineveranstaltung eine Präsenzveranstaltung folgt. Das, was vielleicht die Möglichkeit aufmachen würde: Ich mache dieses Semester noch online und dann mache ich alles, was jetzt in Präsenz ist, erst im nächsten Semester, wenn die Situation vielleicht wieder klarer ist, wenn vielleicht wieder Sommer ist –, funktioniert nicht, weil es in den Fachgebieten im Vorfeld nicht gut genug abgesprochen und kommuniziert worden ist.

Dazu kommen noch die ganzen anderen Krisen, die wir haben. Abgesehen davon, dass sich immer mal wieder Studierende einen Hörsaal schnappen, um gegen den Klimawandel Stress zu machen, der sowieso über allen schwebt, haben wir mit der Energiekrise aktuell tatsächlich ein Problem für Studierende, was finanziell eine enorme Belastung darstellt. Die Coronapandemie hat auch finanziell eine enorme Belastung dargestellt. Ein Großteil der Studierenden hat ihre Jobs während Corona verloren. Das hat sich langsam wieder aufgebaut. Das bedeutet aber gerade bei Abschlussarbeiten und Hausarbeiten, dass im Zweifel der Job erst einmal Geld heranschaffen muss, weil das gesamte Ersparnis während Corona aufgebraucht wurde.

Deswegen glaube ich, dass wir weiterhin die Entlastungsmaßnahmen brauchen, die den Studierenden geholfen haben, im Zweifel zu sagen: Ich gehe etwas unvorbereitet, mit einer Lücke in eine Prüfung rein. Ich werde keine Repression erfahren, wenn ich an der Stelle durchfalle. – Wir brauchen Regelungen zur Verlängerung von Abschlussarbeiten. Die wurden, auch als es die gesetzliche Grundlage dafür noch gab, nur mehr schlecht als recht umgesetzt. Das ist ein riesiges Problem gewesen, dass das an vielen Stellen im Endeffekt vom Goodwill des Prüfungsausschussvorsitzenden abhing. Wenn das ein konservativer Knochen war, hat man vielleicht eine Woche bekommen, weil man ja muss, weil es im Gesetz steht, und wenn man Glück hatte, konnte man darlegen, warum man vier Wochen braucht und hat die auch bekommen. Das ist aber ein Problem, da brauchen wir klarere Regelungen. Ich fordere an der Stelle die weitere Entlastung der Studierenden mit entsprechenden Maßnahmen. – Danke schön!

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Vielen Dank! – Wir setzen mit Herrn Prof. Dr. Ziegler fort.

**Dr. Günter M. Ziegler** (Landeskonferenz der Rektoren und Präsidenten Berlin – LKRP): Zunächst herzlichen Dank für die Einladung! – Liebe Vorsitzende! Frau Senatorin! Frau Staatssekretärin! Abgeordnete! Ich spreche sehr gerne und muss auch sagen, dass uns die Einladung an die LKRP aus irgendwelchen Gründen erst am Freitag erreicht hat, was dann die Abstimmung und Vorbereitung etwas eingeschränkt hat, aber das sind administrative Sachen, die wir hier nicht zu diskutieren brauchen.

Ich gebe zunächst einmal ein kleines Update zur Lage aus unserer Sicht. Die sagt auf der einen Seite, dass Forschung und Lehre an den Hochschulen und Universitäten normal oder fast normal laufen, wie es trotz Corona, Krieg in Europa und der Energiekrise – dazu komme ich noch – eben sein kann. Es gibt an den Hochschulen keine pandemiebezogenen Einschränkungen mehr. Die Lehre findet statt, Bibliothek und Labore sind ohne Einschränkungen geöffnet. Der Campus ist und bleibt offen. Lehre und Forschung finden im vollen Umfang statt. Das ist auch eine große Leistung, und da weiß ich, dass wir mit der Senatsverwaltung und den Abgeordneten an einem Strang ziehen. Das ist auch eine soziale Sache, dass wir die Hochschulen

offen und geheizt haben und deswegen auch nicht mehr im Digitalen sein wollen. Das heißt am Ende aber auch – dazu komme ich auch noch –, dass die Heizrechnungen für die Hochschulen bezahlbar sein müssen. Die Hochschule Konstanz ist zum Beispiel geschlossen; im Süden der Republik sind eine einzelne Hochschulen zu. Das halten wir für falsch und wollen das in Berlin nicht machen, und das ist gut und richtig, dass wir es nicht machen.

Wir wünschen uns trotzdem eine Maskenpflicht an den Hochschulen oder eine rechtssichere Möglichkeit, die Maskenpflicht anzuordnen, insbesondere, wenn es mit den Coronawellen noch einmal härter wird, auch angesichts der Unsicherheit, die es gibt. Es ist allen erlaubt und empfohlen, Masken zu tragen. An meiner Hochschule gibt es eine dringende Empfehlung des Universitätspräsidenten, das zu tun. Eine dringende Empfehlung ist etwas anderes als eine Anordnung. Man muss auch feststellen, dass Corona und Energiekrise da ein bisschen in unterschiedliche Richtungen laufen. Da, wo wir wegen Corona regelmäßig die Fenster aufreißen würden, gehen nicht nur Viren, sondern auch sehr viel Energie zum Fenster raus. Das ist ein bisschen diese Konkurrenz.

In dem Kontext, wenn ich Punkt zwei von vieren sagen kann: Zu den Unsicherheiten gehören für die Hochschulen dann auch die Finanzbelastungen, die Fragen von Planungssicherheiten usw. Dazu möchte ich zunächst feststellen, dass die Verlängerung der Hochschulverträge, die Sie in der letzten Sitzung des Wissenschaftsausschusses offenbar einstimmig auf den Weg gebracht haben, uns für das nächste Jahr eine Sicherheit gibt, genauso der Nachtragshaushalt. Der wird mit zwei Posten für haushaltsfinanzierte Liegenschaften und für Empfänger von Zuwendungen das abdecken, was wir an Zusatzkosten haben, mit allem, was im Hinblick gesagt worden ist, dass erstens der Bund deckelt, wir zweitens einsparen – das tun wir an den Hochschulen; diese 10-Prozent-Vorgabe schaffen wir – und dass auch klar ist, dass aus den Hochschulhaushalten Eigenleistungen für diese Energiekosten am Ende nicht oder fast nicht zur Verfügung stehen werden. In dem Kontext hilft uns bei der Sicherheit auch, dass die Umsatzsteuerpflicht zwei Jahre weg ist, wobei ich hoffe, dass, wenn man das zwei Jahre verlängern kann, man das vielleicht auch besser ad Infinitum verlängern kann. Das ist einfach systemwidrig, auf die Zusammenarbeit im Wissenschaftsbereich Steuern zu erheben.

Drittens ist uns aber auch klar, dass Corona nicht vorbei ist – auf der einen Seite, weil Corona eben akut im Land, in der Stadt und an den Hochschulen ist, mit Pflicht zur Vorsicht und zur Vorsorge, auch mit Masken, auf der anderen Seite wegen der Belastungen, die wir aus der Coronapandemie mitnehmen. Das ist völlig klar, dass das Belastungen sind, mit denen die Studierenden zu kämpfen haben, eben mit den Dingen, die später gehen, länger dauern, aufzuholen sind, genauso auch die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Ich brauche Nichts wiederholen, was Frau Plaumann schon gesagt hat.

Ich muss aber trotzdem sagen, dass wir uns aus Berliner Sicht über Karrierewege, Chancen und Möglichkeiten und dann der Möglichkeit, Dinge zu gestalten usw. Sorgen machen müssen, auch angesichts der derzeitigen Version von § 110 Absatz 6 Satz 2 BerlHG, der für uns Chancen verbaut, wo, glaube ich, eine Gestaltung auch des Postdocbereichs schwierig ist und Dinge unmöglich macht, die möglich sein sollten, wo wir den Leuten durch solche Sachen wirklich Chancen verbauen. Das sage ich auch deswegen, weil demnächst der Referentenentwurf für die Revision des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes kommen soll. Weil danach gefragt worden ist, ist für den Exzellenzstandort Berlin, die BUA usw. der Mangel an Gestaltungsschwierigkeiten und -möglichkeiten zugunsten und zur Unterstützung von Leuten, aber

auch der Mangel von Möglichkeiten, Leuten, die international kommen, Dinge zu gestalten, ein Problem. Da müssen wir rein, das ist jetzt keine direkte Coronasache, aber das ist ein Thema, das als solches nicht ausgestanden ist.

Bei den Studierenden ist auf der einen Seite die Beobachtung, dass wir langsam durch Corona durchkommen und ein normales Studium wieder möglich ist und auch stattfindet. Auf der anderen Seite sind die Nachwirkungen der Coronakrise da, und gleichzeitig kommen die Energiekrise und Verzögerungen dazu. Jetzt gibt es die Zeit und die Möglichkeit, das Studium abzuschließen. Ich weiß, dass das viele wollen und da rankommen. Zu dem, was Herr Tiedje eben angeführt hat: klares Votum der LKRP, die Verlängerungen von Prüfungen, die Aussetzungen usw., § 126 Absatz 1 BerlHG, nicht noch einmal ein Semester zu verlängern, sondern zu schauen, dass wir in Richtung Normalbetrieb kommen. Wie gesagt, es gibt an den Hochschulen keine pandemiebeschränkten Einschränkungen mehr, die Lehre findet statt, Bibliotheken und Labore sind ohne Einschränkungen geöffnet, sodass eine weitere Verlängerung letztlich keinen guten Grund hat. Es ist völlig klar, dass sich die Dauer des Schutzschirms am Ende hemmend auf Studienerfolge und das Abschließen auswirken. Wir sehen auch, dass wir Abschlüsse wollen und brauchen, dass auch die Studierenden abschließen wollen, es brauchen und es sollen. Als eine Ergänzung: Schon aus Gleichbehandlungsgründen usw. fallen an der Freien Universität Wiederholungsprüfungen aus dem Sommersemester 2022, die jetzt im Wintersemester abgelegt werden, immer noch unter den Schutzschirm des Sommersemesters. Da braucht es keine Verlängerungen mehr. Die werden am Ende einen negativen Effekt haben. Das sollten wir nicht machen. – So viel von meiner Seite!

**Vorsitzende Franziska Brychey:** Vielen Dank! – Zum Schluss Frau Dr. Simonis, die uns digital zugeschaltet ist. – Sie haben das Wort!

**Dr. Annette Simonis** (Landesvertretung Akademischer Mittelbau Berlin – LAMB) [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Sehr geehrte Vorsitzende! Frau Senatorin! Frau Staatssekretärin! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich bedanke mich für die Landesvertretung Akademischer Mittelbau auch für die heutige Einladung zu der Anhörung und möchte aus Sicht des akademischen Mittelbaus die veränderten Arbeitsbedingungen in Lehre und Forschung etwas darstellen. Die veränderten Arbeitsbedingungen gehen aus unserer Sicht überwiegend zulasten des Mittelbaus, und Entlastungen – wie Frau Plaumann es schon beschrieben hat – gibt es kaum.

Welche Aufgaben waren es? – Einmal im Nachgang: Nicht nur in der Vergangenheit, sondern nach wie vor aktuell sind die Probleme im Bereich der Digitalisierung. Es ist unheimlich viel geschehen und die IT-Bereiche haben zum Teil wirklich Großartiges geleistet, allerdings gab es vor allem zu Beginn viele Schwierigkeiten wegen ungenügender Ausstattung. Das, was nach wie vor ein Problem darstellt, ist der erheblich erhöhte Zeitaufwand der Lehrenden. Die Frage nach der Hardware, unbekannter Software, verschiedenen digitalen Formaten und ob reine Onlinelehre oder auch hybride Veranstaltungen für Vorlesungen, Seminare, Beratungen und insbesondere bei Prüfungen möglich, zweckdienlich und datenschutzrechtlich unbedenklich sind, sind weitere Themen, die nicht abgeschlossen sind.

In manchen Bereichen – das hat Herr Prof. Möckel schon beschrieben – war die Präsenz erforderlich, das heißt, in der Medizin, Human-, Zahn- und auch in Veterinärmedizin, in der Pharmazie, Chemie, Physik, überall dort, wo Praktika durchzuführen waren, die nicht am Rechner simulierbar sind. Die Fragen, die dabei immer auftauchten, waren, wie das mit den

Vorgaben für die Coronapandemie mit gebotenen Schutzmaßnahmen und Abstandsregelungen vereinbar war. Es fehlten zum Teil die Anzahl der Räume, damit nicht zu viele Menschen in einem Raum sind und/oder die personelle Ausstattung. Das heißt, die Praktika mussten statt einmal für 30 Studierende, dreimal für 10 Studierende aber bei gleicher Betreuer- und Betreuerinnenzahl gemacht werden. Exkursionen mit Studierenden sind ausgefallen, vor allem in der Archäologie, der Geologie oder in der Botanik. Sie sind häufig entfallen, manchmal sind sie nur verschoben worden, aber wenn die Studierenden zum Studienabschluss kommen, werden diese Praktika oder Exkursionen vollständig entfallen sein.

Im Bereich der Forschung hat es für den Mittelbau in vielen Bereichen an vielen Hochschulen Probleme gegeben, einmal mit der Zugänglichkeit zu ihren eigenen Bereichen, aber auch zu den Laboren und Seminarräumen. Der Zugang zu Bibliotheken und Archiven war teilweise ganz ausgeschlossen oder nur unter sehr erschwerten Bedingungen möglich. In manchen Ländern der Welt ist das nach wie vor so. Die Forschungsaufenthalte von Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern und auch unseren Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen im Ausland, die geplant waren, sind entfallen. Es ist zum Teil bei Onlinekontakten geblieben. Die Betroffenen sind nie nach Deutschland, nach Berlin, an die Universitäten und Hochschulen gekommen, sondern sind in ihrem Aufenthaltsland geblieben und haben von dort aus Onlinelehre und Forschungsseminare durchgeführt.

In den Bereichen, in denen Patienten notwendig waren, also sowohl in der Medizin wie in der Veterinärmedizin, sind einmal die klinischen Projekte ausgeblieben, weil die Patienten ausgeblieben sind oder weil sie verschoben werden mussten, einmal wegen Vulnerabilität dieser Personengruppen oder aber weil geplante Operationen abgesagt werden mussten, um Coronapatienten zu versorgen. Das hat sich insbesondere im Bereich der Facharztweiterbildung und der Fachtierarztweiterbildung ausgewirkt. Tierzuchtlinien wurden gestoppt. Deren Aufbau dauert bis zu sechs Monate, um dann Forschung weiter betreiben zu können.

Auf der anderen Seite – das hat auch Herr Prof. Möckel beschrieben – gab es plötzlich Sondermittel für die Erforschung von Covid-19-Therapiemöglichkeiten, den Folgen der Erkrankung, individuelle psychische und soziale Probleme und Folgen und um gesellschaftliche Auswirkungen zu erforschen. Dabei handelte es sich – das hat auch das Netzwerk Universitäre Medizin angesprochen – zum Teil um extrem kurze Projektlaufzeiten von weniger als sechs Monaten bis zu einem Jahr. Das bedeutete für die entsprechenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler extrem kurze Arbeitsverträge mit hoher Unsicherheit für die weitere Zukunft und das während Corona.

Die Probleme, die sich dann im Zusammenhang mit Quarantäne und Erkrankung ergeben haben, hat Frau Plaumann zum Teil schon geschildert, betrafen die eigene Familie und das Umfeld oder die Rücksicht auf vulnerable Menschen in der Umgebung. Besonders gelitten haben im Lockdown dabei die Wissenschaftlerinnen, die Kinderbetreuung, Beschulung oder die Pflege von Angehörigen übernommen haben. Die Zeit für Forschung war drastisch reduziert, und die Auswirkungen sind massiv und werden weiterhin zu konstatieren sein. Sie sind praktisch bisher nicht ausgeglichen.

Welche Folgen haben sich daraus für die Wissenschaft, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ergeben? – Wenig Zeit für Forschung, weniger Möglichkeiten für die eigene Weiterqualifikation, egal, ob es sich um die Promotion, Habilitation oder um andere Forschungspro-

jekte im Drittmittelbereich gehandelt hat, längerer Zeitbedarf für die eigenen Weiterqualifikation und auch für die Abschlüsse der Drittmittelprojekte. Zum Teil haben die Menschen die Hochschulen ohne Abschluss verlassen, sie haben auch Projekte zurückgeben müssen. Arbeitsverträge sind ohne das Erreichen der Ziele ausgelaufen. Die Konsequenzen werden, wie gesagt, sowohl individuell wie für die Hochschulen langfristig sichtbar sein.

Die Vertragsverlängerungen, die für das Jahr 2020 möglich waren, also die Zeiten, die im Rahmen des Lockdowns zum Beispiel an der Universität oder der Hochschule verbracht wurden, um sechs bis zwölf Monate im Wissenschaftsunterstützungsgesetz oder der Wissenschaftsvertragsverlängerungsverordnung von 2020 werden nur zögerlich gewährt und zumeist erst ganz am Ende der Vertragslaufzeit. Das sollte sich ganz dringend ändern, dass zumindest diese sechs oder zwölf Monate gewährt werden können. Das, was Frau Plaumann angesprochen hat, eine Verlängerung zumindest in den Bereichen der haushaltsfinanzierten Promotions- oder Habilitationsstellen um zwölf Monate, wäre etwas, was man mit Sicherheit angehen könnte, was wesentlich weiterhelfen würde. Die Verlängerungsmöglichkeiten bestehen im Moment nur für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nach dem WissZeitVG und zur Qualifikation befristet sind. Bei anderen Befristungsgrundlagen besteht diese Möglichkeit nicht. Nur die DFG hat eigentlich regelhaft Verlängerungen um zum Beispiel drei oder sogar um sechs Monate zugelassen und finanziert. Nach Corona ist leider kein Business as usual, sondern aus Sicht des Mittelbaus ist dringend Kompensation nötig, einmal um die ganze Mehrarbeit, die zur Aufrechterhaltung der Lehre aufgelaufenen Über- und Mehrarbeitsstunden, und zum Teil auch die Zeit für die eigenen Weiterqualifikation auszugleichen, um diese doch noch abschließen zu können.

Es gibt eine erhöhte Erwartungshaltung von Studierenden an Onlineunterricht und Hybridveranstaltungen, die Zeit und Aufwand benötigen. So etwas wäre sicherlich in vielen Bereichen sinnvoll, das heißt, die Frage, wie der Unterricht in Zukunft aussehen soll, ob das alles wirklich in Präsenz ist oder ob es nicht sinnvoll ist, einen Teil weiterhin online oder hybrid zu veranstalten und dann zu sehen, wie man das sinnvoll unterstützen kann. Außerdem sind die vulnerablen Gruppen bei sowohl Lehrenden als auch Studierenden zu berücksichtigen. Aus unserer Sicht ist es wichtig zu überlegen, welche Bereiche weiterhin in Präsenz und welche weiterhin vielleicht digital stattfinden werden und dafür nachhaltige Lösungen in der IT zu fördern. Die Betreuung und Wartung von solchen Softwareprogrammen, aber auch die Weiterentwicklung für Forschungsprojekte sind notwendig. Denn die Bedingungen ändern sich permanent und den wandelnden Arbeitsbedingungen müssen neue Personalstrukturen die Unterstützung gewährleisten. Die Frage der Anrechnung der digitalen Lehre für den Mittelbau ein Problem, wie Beratungen und Prüfungen auch im vollen Umfang angerechnet werden können. Die Vorgaben der LVVO reichen aus unserer Sicht nicht aus, wie die datenschutzrechtliche Klärung für die Bedingungen von digitalen Seminaren und Prüfungen an Hochschulen. – Für uns wäre es hilfreich, wenn die Verträge verlängert werden könnten und die Möglichkeiten, die Frau Plaumann angesprochen hat, stattfinden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Vorsitzende Franziska Brychey:** Vielen Dank! – Wir kommen dann zur Aussprache. Herr Schulze ist an der Reihe.

**Tobias Schulze (LINKE):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die Anzuhörenden für die trotz kurzer Vorbereitungszeit sehr fundierten Beiträge! Ich glaube, wir müssen

einmal klären, warum die Einladung bei Ihnen so spät ankam. Wir haben uns relativ früh festgelegt. Das müssen wir nachverfolgen, auch vielleicht Sie bei sich, denn ich glaube, die Einladungen sind ziemlich früh rausgegangen. Das tut uns immer leid, wenn das so ist, aber wir müssen uns die Gründe anschauen.

Ich hätte tatsächlich einige Fragen. Frau Simonis hat gerade die Frage von hybrider oder kompletter Onlinelehre angesprochen. Die bleibt uns, glaube ich, erhalten. Vielleicht können Sie alle noch einmal etwas dazu sagen, wie Sie die Zukunft von Studium und Lehre sehen. Die Lehre, die wir gemacht haben, ist, dass das funktioniert, dass man es begleiten und einrahmen muss und dass entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, beispielsweise die Frage von technischem Support. Die Frage des Datenschutzes wurde schon genannt. Was können wir auf Dauer zur Resilienz der gesamten Hochschullehre aus der Pandemie für die Frage der Digitalisierung mitnehmen?

Ich hätte eine Frage sowohl an die LandesASTenKonferenz als auch die Kolleginnen und Kollegen aus den Hochschulen, wie es mit Studienabbrüchen aussieht. Wir hatten zwischendurch die Gefahr auch in einer Anhörung beschrieben, dass Menschen aus verschiedenen Gründen – sei es, weil sie ihren Job verloren haben, oder weil sie mit der Onlinelehre nicht klarkommen – das Studium abbrechen und nicht zu Ende führen. Zwischenzeitliche Zahlen haben das eher nicht bestätigt. Vielleicht können Sie noch etwas dazu sagen, wie Ihre Wahrnehmung aus der heutigen Perspektive ist.

Wir hatten das Thema Verträge der wissenschaftlichen Mitarbeiter. Ich glaube, die Frage der Vertragsverlängerung zur Sicherstellung eigener Qualifikationsarbeiten ist ein ganz entscheidendes Thema. Darauf hat Frau Simonis auch gerade im Rahmen von Drittmitteln hingewiesen. Es wäre verheerend, wenn wir eine Generation beschädigt haben, die während der Pandemie ihre Qualifikation, ihre Dissertation oder Ähnliches nicht zu Ende bekommen hat, weil die Fristen, die Verträge oder die Finanzierung abgelaufen sind und die Leute nicht fertig werden. Haben Sie individuelle Maßnahmen getroffen, um solche Fälle zu unterstützen? Was fordern Sie möglicherweise auch von uns als Gesetzgeber oder von Drittmittelgebern, um Veränderungen vornehmen zu können?

Frau Plaumann hat sehr eindringlich auf das Thema der Frauen in der Pandemie, die besondere Belastungen und Benachteiligungen erlitten haben, hingewiesen. Wäre das nicht ein Anlass – das frage ich auch in die Richtung –, einmal über das Thema Qualifikations- und Bewerbungsverfahren für wissenschaftliche Karrieren und auch das Publikationsverhalten nachzudenken? Wenn es die Masse macht und die Masse in der Pandemie aufgrund von anderen Belastungen nicht leistbar war, welche anderen Kriterien könnte man anwenden, welche Verfahrensänderungen könnte man vornehmen, um den Zugang zu wissenschaftlichen Karrieren vielleicht gerechter zu gestalten und damit auch mehr Diversität und insbesondere mehr Frauen in den Karrierewegen hinzubekommen?

An Herrn Ziegler die Frage: Sie haben gesagt, dass wir Ausnahmeregelung für die Studierenden nicht mehr brauchen, und Sie würden davor warnen, die noch einmal zu verlängern. Würden Sie mit mir konform gehen, dass wir doch noch eine Sondersituation haben, auch weil jetzt die Energiekrise da ist und Studierende doch nicht ganz dieselben Bedingungen haben wie 2019? Wie sehen Sie denn den Zusammenhang mit den Räumen, den ganzen Bedingungen, unter denen Studierende immer noch unterwegs sind, auch was ihre Jobs usw.

angeht? Vielleicht wäre eine Verlängerung doch noch einmal angemessen, mindestens um ein Semester. Vielleicht können Sie das noch einmal argumentieren.

An Herrn Tiedje die daran anschließende Frage der sozialen Situation der Studierenden: Wie ist aus Ihrer Sicht derzeit die Lage? Sind die Jobs alle wieder da? Können sich die Menschen finanzieren oder haben Sie nach wie vor den Eindruck, dass die soziale Lage bei den Studierenden besonders angespannt ist und wir nach wie vor schauen müssen, dass wir niemanden verlieren, dass die Leute ihr Studium zu Ende machen können, weil das das erklärte Ziel war?

Allerletzte Frage von mir: Wir haben in verschiedenen öffentlichen Verwaltungen einen großen Personalmangel, gerade aufgrund von Krankenständen usw. Wie sieht es an den Hochschulen, auch in den Verwaltungen und an der Charité aus? Sind bei Ihnen auch so viele Leute krank? Bringt Sie das in Bedrängnis, gibt es große Schwierigkeiten, das zu kompensieren? Die Pandemie scheint offenbar noch nicht vorbei zu sein. Vielleicht könnten Sie dazu etwas sagen.

Die LVVO, allerletzter Punkt, hat Frau Simonis angesprochen, müssen wir uns noch einmal anschauen. Die Frage, wie digitale Lehre angerechnet wird, schauen wir uns noch einmal miteinander an. Ich habe die Rückmeldung bekommen, dass die digitale Lehre eher aufwendiger ist als die Präsenzlehre und sie zumindest mit den gleichen Faktor angerechnet werden sollte. – Danke schön!

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Herr Förster ist an der Reihe.

**Stefan Förster (FDP):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden, weil Sie alle aus Ihrer persönlichen, natürlich subjektiven Sicht, aber doch gespeist aus Erfahrungen aus den Gremien, in denen Sie mitarbeiten, Ihre Eindrücke und das, was in den vergangenen Jahren vielleicht nicht so gut lief, aber auch das, was ganz gut funktioniert hat, geschildert und Ihre Erwartungen an die Zukunft formuliert haben. Meiner Kenntnis nach sind die Einladung vor einer Woche am 21. November 2022, also letzten Montag, verschickt worden. Insofern, Herr Ziegler, prüfen Sie es noch einmal in Ihrem eigenen Büro oder mit der Sekretärin oder dem Sekretär nach. Das müsste eigentlich auch an Ihre Präsidentenadresse gegangen und dort angekommen sein. Bis auf eine kurzfristig nachgemeldete Anzuhörende müssten eigentlich alle die Einladung rechtzeitig bekommen haben und sich haben vorbereiten können. Von daher ist das aus meiner Sicht vielleicht im eigenen Büro nachzuprüfen.

Herr Möckel! Sie haben darauf hingewiesen, dass das Thema Hybridunterricht für Sie ein No-Go sei und Sie später ausführen wollen. Darum würde ich an der Stelle bitten. Ich sage einmal, dass es in anderen Universitätskliniken und darüber hinaus gang und gebe ist, sogar Unterricht in Präsenz durchzuführen. Vielleicht könnten Sie sagen, warum das für die Charité so ein großes Problem ist. Herr Ziegler hat dargestellt, dass die Freie Universität weitgehend Präsenzveranstaltungen ermöglicht und diese durchführt. Sie hatten gesagt, dass Sie bei der Lehre weiterhin auf Onlineformate setzen, so habe ich es jedenfalls verstanden.

**Dr. Martin Möckel (Charité – Universitätsmedizin Berlin):** Das ist ein Missverständnis. Wir sind komplett präsent, und das habe ich hier auch gesagt.

**Stefan Förster (FDP):** Gut! Bei mir ist es so angekommen, dass Sie keine Hybridveranstaltungen anbieten, sondern wenn, dann entweder reine Onlineformate oder Präsenzformate anbieten. Dazu könnten Sie vielleicht noch ausführen, ob es das noch gibt. Sonst wäre das kein Problem, wenn Präsenzformate bestehen. Ich habe das ein bisschen als Widerspruch wahrgenommen, aber das können Sie gerne klarstellen, ob es nun Onlineformate gibt oder nicht und wie die Abläufe sind.

Herr Tiedje hatte darauf hingewiesen – meines Erachtens zu Recht –, wenn man Maßnahmen macht, sollte man sich nicht nur von Semester zu Semester hangeln. Das ist eine Kritik, die wir die letzten drei Jahre gehört haben, das offenbar auch nicht besser geworden ist, dass Verordnungen und Ähnliches immer wieder für meistens ein Semester verlängert werden. Da frage ich mich aus Unkenntnis, weil ich es nicht besser weiß, ob es in anderen Bundesländern andere Hochschulen gibt, die das besser machen, wo man ein Rahmenkonzept für mehrere Jahre gemacht oder ein Stufenverfahren aufgestellt hat, wo Sie sagen können: Schaut nach Bayern oder Nordrhein-Westfalen, die bekommen es besser hin! – Es wäre immer hilfreich, wenn man bessere Beispiele kennen würde, denn Kritik zu äußern ist richtig und sinnvoll, aber wir müssen auch überlegen, was man gegebenenfalls besser machen kann, wenn es wieder einmal eintreten sollte.

Herr Ziegler hat noch darauf hingewiesen, dass er sich zum Beispiel die Rückkehr zur Maskenpflicht vorstellen könnte. Das heißt sich damit, dass Sie selbst gesagt haben, dass wir weitgehend frei sind, was die Angebote betrifft. Sie haben selbst gesagt, freiwillig kann das jeder tun, aber das ist ein bisschen wie unsere grüne Senatorin, die auch unbedingt einen Berliner Sonderweg gehen und wieder eine Maskenpflicht verhängen wollte, was die beiden Koalitionspartner im Senat Gott sei Dank gestoppt haben. Freiwilligkeit ist da in erster Linie das Gebot der Stunde. Was bei Verordnungen funktioniert, sieht man ja im öffentlichen Nahverkehr. Wenn ich mit der S-Bahn fahre, setze ich brav die Maske auf, weil es gesetzliche Grundlage ist. Ich halte mich an gesetzliche Bestimmungen, aber ich sehe, dass mehr als die Hälfte bis zu zwei Drittel eben keine tragen und das nicht sanktioniert wird. Was nützt mir also eine Verordnung, wenn sie niemand kontrolliert, weder die Gesundheitssenatorin, die das predigt, noch die Verkehrssenatorin, noch die Kontrolleure der BVG in der S-Bahn selbst. Es interessiert schlichtweg keinen. Das ist auch gelebte Normalität in Berlin. Dinge, die ich nicht umsetzen und kontrollieren kann, brauche ich auch nicht. Dann sollte ich auf das Prinzip der Freiwilligkeit setzen.



Herr Ziegler! Da wäre die Frage, warum das in London, Paris oder anderen europäischen Ländern klappt, wo solche Maßnahmen weitgehend abgeschafft sind, wo die Leute auch zur Universität gehen können. Warum fordern Sie für die Freie Universität für die Maskenpflicht einen deutschen Sonderweg? Wir müssen nach drei Jahren langsam zur Kenntnis nehmen, dass die Entwicklung von der Pandemie zur Endemie geht und dass in weiten Teilen Europas, von Skandinavien bis nach Griechenland, die sicherlich ein deutlich schlechteres Gesundheitssystem haben als wir, die Maßnahmen komplett abgeschafft sind, und zwar alle Maßnahmen, die in irgendeiner Form erlassen worden sind. Deutschland ist eines der wenigen Länder in Europa, das überhaupt noch entsprechende Restriktionen hat. Da darf man schon die Frage stellen, inwieweit das noch zeitgemäß ist oder inwieweit wir uns nach drei Jahren diese Sonderwege noch leisten wollen. Das will ich an der Stelle auch einmal anmerken.

Frau Simonis hat darauf hingewiesen – aus meiner Sicht ist das wirklich ein großer Punkt –, dass insbesondere der Studienaustausch pandemiebedingt nicht stattfinden konnte und dass persönliche Kontakte weggebrochen sind. Da wäre meine Frage, inwieweit dort Abstimmungen mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst – DAAD – erfolgt sind. Das ist ein Problem, das wir generell haben, inwieweit das nachgeholt werden kann, ob man denjenigen, die nicht kommen konnten, ermöglicht, einige Jahre später zu kommen, wenn das wieder möglich ist, um das nachzuholen, auch wenn es vielleicht nicht in der richtigen Stelle im Studienablauf ist, wo es hingehört, aber dass man irgendwie die Erfahrung, in einem anderen Land zu studieren, mit anderen Leuten in Kontakt zu kommen, nachholen kann. Das wäre vielleicht hilfreich für diejenigen, die das nicht hatten. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Vielen Dank! – Jetzt ist Frau Neugebauer an der Reihe.

**Laura Neugebauer (GRÜNE):** Ich habe auch einige Fragen. Als Erstes würde ich auf den Gleichstellungsaspekt, den wir durch Corona verstärkt betrachten müssen, eingehen, aber auch auf die Wandlung der Arbeitsweise, die Corona in allen Bereichen bewirkt hat. Deswegen an Frau Plaumann die Frage: Wir haben immer stärker ein hybrides, oder zumindest geteiltes Arbeiten von Homeoffice und Präsenzarbeit, und das hat sich durch die Pandemie verstärkt und geändert. Da wäre es interessant zu wissen oder zu erläutern, inwiefern sich die Arbeitsweise langfristig geändert hat und welche Konsequenzen das vor allem für Frauen in Forschung in Wissenschaft und Lehre hat, auch in Bezug auf Homeoffice und der multiplen Belastung, die damit meistens einhergeht, zum Beispiel Care-Arbeit, die von Müttern parallel geleistet wird. Welche Maßnahmen braucht es generell in der neuen Arbeitsweise, um die Gleichstellung im Wissenschaftsbereich weiter sicherzustellen bzw. erst einmal zu fördern? Sie hatten einiges angedeutet, vor allem beim Punkt Benachteiligung im Postdoc. Könnten Sie das, auch wenn Sie das in Ihrem Positionspapier haben, hier vielleicht noch einmal ausführen? Das würde mich interessieren.

Herr Prof. Ziegler! In der Studie „Jugend in Deutschland“ wird dargestellt, dass die erhebliche Belastung durch diesen Dauerkrisenmodus die mentale Gesundheit von Studierenden stark gefährdet. Meine Frage wäre: Was sehen Sie, was man machen kann, um auch in der Hochschule Systeme zu entwickeln, um die Situation, in der wir uns befinden, die sich nicht ändern lässt, abzufangen? Ich meine vor allem auch, Lehrende für diese Situation zu sensibilisieren oder ihnen die Möglichkeit zu geben, Kompetenzen zu erlangen, um mit dieser neuen Situation umzugehen.

Wir hatten ein Programm zur Rückführung der Studierenden in die Hochschulen nach der Coronapandemie. An der Stelle wäre meine Frage, wie das umgesetzt wurde und wie Studierende, die nicht neu in das Studium starten, sich in späteren Studiumsphasen befinden, angesprochen wurden. Wie wurde bei der Arbeitskultur auf die Konsequenzen, die sich nicht nur im studentischen, sondern auch im wissenschaftlichen Bereich durch diese Pandemie entstanden sind, eingegangen, auch aus der Hochschulperspektive, um dort mit den neuen Rahmenbedingungen umzugehen? Welche Probleme haben Sie da? Wie lösen Sie die? Wo haben Sie Probleme, wo Sie sagen, dass sich da die Rahmenbedingungen von Landesseite ändern müssten, um die effektiv lösen zu können? Welche strukturellen Änderungen sind mit den neuen Arbeitsweisen in den Hochschulen nötig? Ich habe schon schrecklich viel gefragt. Das sind eigentlich auch alles Fragen, wo mich, um ehrlich zu sein, die Antwort querschnittsmäßig von den anderen Anzuhörenden interessiert.

An Herrn Tiedje vielleicht noch die Frage zu dem Programm, was ich gerade angesprochen habe: Könnten Sie die Perspektive der Studierenden darauf und was die Umsetzung an den verschiedenen Hochschulen angeht darstellen?

Frau Simonis würde ich fragen: Sie haben die Verkomplizierung und das Ausbleiben der internationalen Kooperationen beschrieben. Inwiefern ist hier eine Veränderung bzw. eine Wiederaufnahme zu bemerken? Was ist noch nötig, um das wieder aufzunehmen und um die Kooperationen in der Zusammenarbeit zu stärken?

**Vorsitzende Franziska Brychey:** Frau Dr. Czyborra ist an der Reihe!

**Dr. Ina Maria Czyborra (SPD):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich versuche, mich auf wenig zu beschränken. Herzlichen Dank an die Anzuhörenden! Es war wie immer sehr spannend. Ich frage mal nach dem Vorschlag dieses Berufungsmonitorings. Es ist für uns immer interessant, in den Leistungsberichten und so zu schauen, was sich da entwickelt, wie sich Berufungszahlen und Beschäftigtenzahlen nach Geschlechtern in den Hochschulen entwickeln. Nichtsdestotrotz ist es immer sehr retrospektiv. Wir können nur sehen: Aha, das und das ist passiert –, und das gilt für so ein Berufungsmonitoring auch. Wie oft oder in welcher Form könnte uns das hier im Ausschuss weiterhelfen, damit wir daraus Schritte ableiten, etwas tun können oder gemeinsam Verfahren entwickeln können, erst einmal analysieren, warum wir bestimmte Zahlen sehen, wie sie sind, und wie wir dem dann abhelfen oder Verfahren entwickeln können, um das zu verbessern?

Es wurden so Sachen wie Publikationslisten angesprochen. Publikationslisten sind unter Umständen coronabedingt kürzer als vorher, insbesondere bei Frauen. Wie wird das bewertet – vielleicht nicht nur an die LaKoF, sondern auch an Herrn Ziegler, an die LKRP –? Wird eine Debatte in den Hochschulen geführt, wie man damit umgeht, dass man in Berufungen solche Dinge berücksichtigt und das anders gewichtet? Gibt es formelle Verfahren oder Debatten darüber? Wir müssen wirklich konstatieren, dass wir durch diese Pandemie einen großen, nachhaltigen Schaden in den Biografien erlitten haben, bei den Studierenden, den jungen Menschen, zumindest erst einmal in der Form, dass alles viel länger gedauert hat. Ich denke auch, dass Dinge ausgefallen sind, die nicht wiederholbar sind, dass wissenschaftliche Leistung ausgeblieben ist, die hätte stattfinden können, aber auch dass wichtiges Fachpersonal, das wir eigentlich dringend brauchen, deutlich später zur Verfügung steht, als wir dachten.

Insofern ist die Frage: Wir diskutieren die Verlängerung der Freiversuchsregelung, ob die notwendig ist oder nicht. Wir haben als Fraktion eine tendenziell positive Einstellung dazu. Die Frage ist, wenn wir sie nicht weiterführen, was dann das Problem ist, den jungen Menschen in ihren etwas schwierigen Studienbiografien noch einmal mehr Zeit zu geben. Was ist der Schaden, der entsteht, wenn wir sie verlängern, auch im Vergleich zum Nutzen? Wir sehen durchaus auch Rückkehrprobleme.

Das ist auch eine Frage. Wie groß sind diese Rückkehrprobleme, vielleicht nach Studiengängen oder Hochschulen etwas unterschiedlich? Was ich sehe, gerade auch in einer schriftlichen Anfrage von mir, die gerade beantwortet wurde, sind zumindest erheblich eingebrochene Studienbewerber- und -bewerberinnenzahlen. Das heißt, junge Menschen orientieren sich deutlich weniger zu einem Studium, weniger nach Berlin. Da sind sicherlich auch internationale Aspekte drin. Wie ist das mit Studienbewerbern aus dem Ausland? Ich meine, gerade China hat nach wie vor eine Null-Covid-Strategie, die zu flächendeckenden Schließungen führt. Das macht sich sicherlich etwas bemerkbar, aber wie groß sind die Schäden beim internationalen Austausch? Gibt es Maßnahmen, die die Rückkehr von Studierenden in den normalen Studienbetrieb erleichtern? Ich glaube, da ist eine Menge an Kontakten zerbrochen. Mancher Hochschullehrer, manche Hochschullehrerin, bei denen der eine oder die andere Abschlüsse machen wollte, ist zwischenzeitlich vielleicht gar nicht mehr da, weil wegberufen, in Ruhestand gegangen oder mittlerweile in anderen Forschungsschwerpunkten unterwegs. Wie wird das in Bezug auf die Studienkarrieren diskutiert? Ich beschränke mich vielleicht auf die paar Fragen. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Jetzt ist Herr Grasse an der Reihe.

**Adrian Grasse (CDU):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden! Das ist immer wichtiger Input, den wir von Ihnen bekommen, heute und auch bei anderen Anhörungen. Das ist wichtig für unsere politische Arbeit. Ich habe eine Frage an Prof. Möckel, die im Grunde schon Herr Förster vorweggenommen hat. Die muss ich nicht noch einmal wiederholen. Ich sage es als Stichwort: Hybridveranstaltungen. Sie haben angedeutet, dass es dazu Forschungsprojekte gibt. Ich wäre dankbar, wenn Sie dazu ausführen.

An Herrn Prof. Ziegler habe ich drei Fragen: einmal auch das Thema hybride Lehre, die sich die Studenten und Studentinnen wünschen. Vielleicht können Sie sagen, welchen Anteil die hybride Lehre am Studium hat. Die zweite Frage ist zum Thema Mehraufwand bei der Prüfungskorrektur aufgrund von Freiversuchen. Wie groß ist eigentlich der Aufwand – wenn Sie das quantifizieren können –, und welche Unsicherheiten gibt es? Welche Probleme sind damit verbunden, vielleicht auch etwas zum Thema Täuschungsversuche? Abschließend die dritte Frage – noch einmal das Thema Mehraufwand, diesmal aber in finanzieller Hinsicht –: Können Sie abschätzen, wie hoch der pandemiebedingte finanzielle Mehraufwand war und wie dieser finanziert wurde? – Vielen Dank!

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Wir haben noch Herrn Trefzer.

**Martin Trefzer (AfD):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden! Es ist ganz viel gesagt worden. Ich will noch einmal zwei Punkte herausarbeiten, vielleicht ein bisschen zuspitzen. Das eine ist das Verhältnis Präsenz-, Online- und Hybridlehre, das andere ist das Thema Nachwirkungen/langfristige Konsequenzen der Pandemie. Es gibt

das Versprechen der Hochschulen, die Lehre wieder in Präsenz zu organisieren. Wie wir aus den Hochschulen hören, wir haben es auch hier in der Anhörung gehört, wird immer noch sehr viel online angeboten, dass es Hybridformate gibt, dass eine Mischung aus unterschiedlichen Formen an den Hochschulen praktiziert wird. Deswegen meine Frage, vielleicht an Herrn Ziegler: Führen Sie eine Kontrolle durch, welche Lehrveranstaltungen immer noch online oder hybrid angeboten werden? Vor allem würde mich interessieren: Sie haben – das habe ich der Presse entnommen – eine Art qualitätsgesicherte Weiterentwicklung der Präsenz- und Onlinelehre zugesagt. Welche Maßnahmen sollen konkret umgesetzt werden, und welche Kriterien haben Sie entwickelt, was nach wie vor sinnvoll online und was doch besser in Präsenz angeboten werden sollte? Wie ist da die Marschrichtung, oder geht es weiter so Kraut und Rüben, wie es sich bislang ein Stück weit an den Hochschulen abzeichnet oder darstellt?

Zum Thema Nachwirkungen/Folgen der Pandemie: Ganz herzlichen Dank, Frau Plaumann, und vor allem an Frau Simonis, dass Sie uns das geschildert haben! Da gibt es dramatische Hilferufe aus den Universitäten, Berichte, eine Studie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft von Frau Haag und Herrn Kubiak unter dem Titel „Abwärtsspirale“. Ich habe mir etwas von der psychologischen Beratungsstelle der Freien Universität von Frau Brigitte Reysen-Kostudis rausgeschrieben, die massiv von Motivationsproblemen, Prokrastination und Perspektivlosigkeit unter Studierenden berichtet. Wir sind uns, glaube ich, einig, dass es darum geht, zu helfen und abzdämpfen, Maßnahmen zu verlängern.

Was mich ganz grundsätzlich einmal interessieren würde – vielleicht auch da die Frage an Herrn Ziegler –: Was bedeutet das eigentlich langfristig für die Kapazitäten an den Universitäten? Sind wir mittlerweile nicht an einem Punkt angelangt, wo wir auch über strukturelle Veränderungen reden müssen, die durch diese Sachen, die sich eingeschliffen haben und die sich als dauerhaft dargestellt haben, einfach notwendig geworden sind?

Noch eine Frage an den Senat zum Sonderprogramm „Lernrückstände“: Das Land Berlin hat dieses Sonderprogramm „Lernrückstände“ aufgelegt, durch das die Hochschulen bis Ende 2023 zusätzliche Mittel in Höhe von 5 Millionen Euro erhalten sollen. Ein besonderer Schwerpunkt sollen Peer-to-Peer-Maßnahmen in Form von Tutorien, studentischer Beratung und Mentoringprogramme bilden, zudem soll es möglich sein, übergangsweise die Prüfungskapazitäten zu erweitern, entfallene Lehrveranstaltungen nachzuholen und zusätzliche Lehr- und Lernangebote zu schaffen. Meine Frage an den Senat: Wie gestaltet sich dieses Programm? Wie viele Anträge sind eingegangen? Sind schon Mittel bewilligt worden? Es hieß in der Presse auch, dass Studenten unterstützt werden sollen, mit Onlineangeboten umzugehen und Rückstände aufzuarbeiten. Inwiefern konnten Sie Erfolge verzeichnen, und was ist da noch zu tun, Frau Gote? – Vielen Dank!

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Vielen Dank! – Ich würde das Wort gleich an den Senat geben. Danach hätten Sie, liebe Anzuhörende, die Möglichkeit, auf die ganzen Fragen einzugehen, und zwar in umgekehrter Reihenfolge. Das heißt: Frau Dr. Simonis, Herr Prof. Dr. Ziegler, Herr Tiedje, Frau Plaumann und Herr Prof. Dr. Möckel – damit Sie sich schon emotional vorbereiten können. Die Senatorin hat das Wort.

**Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG):** Vielen Dank! – Vielen Dank auch von meiner Seite an die Anzuhörenden! Das war sehr spannend und interessant. Ich kann gar nicht so viel hinzufügen, weil alles, was wir gehört haben, schon sehr richtig war und ich sicher nicht alles wie-

derholen möchte. Die Coronapandemie hat gerade den Studierenden viele Einschränkungen abverlangt. Ein Spruch war immer: Sie wurden vergessen. – Mich stört das, weil ich finde, dass sie nicht vergessen wurden, aber die Einschränkungen und die Folgen für Studierende sind viel weitreichender, als wir am Anfang angenommen haben. Ich glaube, dass wir erst in den nächsten Jahren sehen, wie sich Hochschule, Universität und Lehre durch diese Erfahrung verändert hat. Das ist mein Blick auf die letzten drei Jahre. Man setzt nach der Pandemie nicht einfach da an, wo man war, sondern da bleiben Veränderungen. Die sind zum Teil schlecht und zum Teil auch gut. Es geht darum, die in der Zukunft zu gestalten. Ich glaube, das ist aus vielen Beiträgen, die Sie gebracht haben, herausgekommen.

Ein Punkt, der am Ende angesprochen wurde, ist, dass sich für die Studierenden das Lernen, der soziale Umgang, die soziale Interaktion, auch das Selbstverständnis vom Studieren und als Studierende verändert hat. Das hat auch Folgen. Das ist ein Punkt, den wir am Anfang nicht gesehen haben. Die psychosozialen Belastungen, die sich während der Pandemie ausgeweitet und zum Teil sehr verschärft haben, werden uns länger beschäftigen. Viele, die nicht studieren, bringen diese Erfahrung aus ihrer Schulzeit mit. Schon allein deshalb wird das auch weiter in die Zukunft verlagert werden. Daher haben wir die psychologische Beratung des Studierendenwerks finanziell unterstützt und werden das im kommenden Jahr noch einmal mit 282 000 Euro tun. Das wird für absehbare Zeit eine weitere Daueraufgabe bleiben.

Insgesamt hat das Land Berlin die Hochschulen, das Studierendenwerk und die Studierenden während der Pandemie auf unterschiedliche und vielfältige Weise unterstützt. Im Vordergrund stand immer, die pandemiebedingten Nachteile für Studierende aufgrund des eingeschränkten Lehr- und Studienbetriebs zu vermeiden bzw. abzumildern. Von ganz besonderer Bedeutung war die finanzielle Absicherung der Studierenden, die BAföG beziehen. Damit sie ihre BAföG-Berechtigung nicht verlieren, haben wir die individuelle Regelstudienzeit in der Zeit vom Sommersemester 2020 bis zum Wintersemester 2021/2022 verlängert. Darüber hinaus haben wir mit der Einführung des § 126b BerlHG ermöglicht, in der Zeit vom Sommersemester 2020 bis zum Sommersemester 2022 nicht bestandene Prüfungen als nicht unternommen zu zählen. Auch Bearbeitungsfristen für Haus- und Abschlussarbeiten wurden angemessen verlängert. Zur Diskussion um eine weitere Verlängerung wurde hier schon Stellung genommen. Wir würden in dem Sinne, das sage ich ganz klar, die Position der LKRP unterstützen.

Außerdem haben wir ein umfangreiches Maßnahmenpaket geschnürt, um die Herausforderungen der Pandemie zu bewältigen. Im Rahmen des Programms „Virtual Campus Berlin“ erhielten die Berliner Hochschulen insgesamt 26,6 Millionen Euro, um die erforderliche Infrastruktur für die digitale Lehre und Prüfung zu schaffen. Mithilfe des Technikfonds konnten Studierende Zuschüsse von bis zu 500 Euro für eine angemessene IT- und Arbeitsausstattung erhalten, denn nicht alle verfügten so kurzfristig über Laptop, Kamera, Kopfhörer oder einen schnellen Internetzugang. Dafür wurden insgesamt 3 Millionen Euro vom Land Berlin bereitgestellt. Mit zusätzlichen 2 Millionen Euro wurde der Coronazuschussfonds ausgestattet, mit dem bedürftige Studierende unter besonderer Berücksichtigung internationaler Studierender gefördert wurden. Studierende konnten so zum Studienstart und Studienabschluss eine einmalige finanzielle Hilfe von 1 000 Euro erhalten. Falls Studierende finanzielle Hilfe benötigen, stehen weiterhin der Notfallfonds und der Zuschuss zum Studienstart und -abschluss des Studierendenwerks zur Verfügung. Aktuell liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der Bewältigung der pandemiebedingten Lernrückstände und des Prüfungsrückstaus sowie der Förderung

der sozialen Einbindung der Studierenden. Dafür haben wir ein Sonderprogramm – das haben Sie gesagt – mit 5 Millionen Euro eingerichtet. Ich habe keine konkreten Zahlen dazu vorliegen. Vielleicht kann die Staatssekretärin dazu gleich etwas ergänzen.

Dass Bildung die persönliche Begegnung und den Austausch braucht, ist uns allen sehr bewusst geworden. Deshalb war die Lehre in Präsenz für uns immer ein ganz wichtiger Punkt und ist auch jetzt in der Situation der Energiekrise von hoher Priorität. Es ist uns deshalb so wichtig, dass die Hochschulen offen bleiben. Wir halten es für falsch, was wir zum Teil aus anderen Bundesländern hören, dass Hochschulen geschlossen werden. Wir wollen die Hochschulen offen halten. Trotzdem sollen die positiven Entwicklungen in der Digitalisierung und der Mehrwehrt digitaler Angebote weiter betrachtet werden. Dazu fand ich die Diskussion unter den Anzuhörenden sehr hilfreich, weil digitale Elemente weiter sinnvolle Instrumente sind, die ergänzt werden können und zur Flexibilisierung dienen können. Die hybride Lehre ist auch sinnvoll, und die Einsatzmöglichkeiten müssen, glaube ich, für die Zukunft unabhängig von pandemischen Lagen deutlicher evaluiert werden. Um eine digitale Hochschulbildung in der Breite umzusetzen, fördert das Land Berlin in den Jahren 2022 und 2023 die Digitalisierung an den Hochschulen noch einmal mit insgesamt 26 Millionen Euro. Da ist insbesondere die Barrierefreiheit von digitalen Lösungen ein wichtiger Punkt für uns, sodass die Weiterentwicklung gezielt auch vulnerablen Gruppen oder Studierenden mit Einschränkungen oder chronischen Erkrankungen zugutekommen können.

Ich habe es übrigens insgesamt als sehr wohltuend und sehr abgewogen wahrgenommen, wie die Studierenden mit der Coronapandemie und der Situation an den Hochschulen umgegangen sind. Das war immer ein sehr wertschätzender Umgang miteinander und einer, der verschiedene Gruppen und Bedürfnisse aller in Augenschein genommen hat. Da waren uns die Studierenden in Teilen tatsächlich Vorbilder für andere Bereiche der Gesellschaft, weil hier eine Verantwortungsübernahme auch für alle Gruppen gelebt wurde. Das kam, finde ich, auch im Statement von Herrn Tiedje noch einmal gut zum Ausdruck, mit welcher Reflektiertheit die Studierenden mit der Situation umgegangen sind. Ich glaube, dass das ein gutes Beispiel ist, wie man das in Zukunft tut, und wirklich für die ganze Gruppe spricht. Ich finde auch, dass wir genau in diesem Sinne weiterhin den Gesundheitsschutz im Auge behalten müssen – abgewogen, vernünftig, auch immer wissenschaftsbasiert; es gehört an die Hochschulen hin. Ich bin sehr dankbar, dass wir über die ganze Zeit mit der Taskforce eine ganz besonders gute Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Hochschulen und der LandesAStenKonferenz haben.

Noch zwei, drei Sätze zu dem, was Frau Plaumann gesagt hat, weil uns das sehr bewegt, nämlich die Folgen insbesondere für Wissenschaftlerinnen und weibliche Studierende an den Hochschulen. Ein Berufungsmonitoring finde ich einen interessanten Ansatz. Wir beobachten das bei mir im Haus sehr genau, wir haben auch die Gleichstellung – auch hier ein Synergieeffekt der Zusammenlegung der Ressorts. Das würden wir uns gerne anschauen. Ich glaube, es ist sehr deutlich geworden, dass wir gerade für diese Problematik noch mittel- und langfristige Lösungen brauchen. Ganz praktisch ist der Kitausbau ein wichtiger Punkt, Entlastung von Carearbeit, auch angemessene und angepasste Kita- und Betreuungslösung für die Situation von Studierenden und Forschenden. Hier haben wir noch viel zu tun. Die Pandemie hat uns gezeigt, wie notwendig das ist, dass wir weiter ausbauen.

Dann kam die Frage, ob insgesamt über Veröffentlichungslisten und Parameter der Messung von wissenschaftlicher Qualifikation diskutiert wird. Ja, das ist bundesweit eine sehr große Diskussion, an der wir uns gerne beteiligen. Das ist eine Beobachtung, die die gesamte Wissenschaftscommunity gemacht hat. Ich glaube, dass da mit Blick auf die Zukunft einiges in Bewegung geraten ist. Wir sollten uns in Zukunft vielleicht auch noch einmal gemeinsam anschauen, was die Rolle der Frauenbeauftragten und Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen angeht, ob wir dort für die Zukunft nachsteuern müssen, damit – Stichwort Autonomie der Hochschulen –, wenn wir dort mehr Autonomie geben, andererseits auch die Instrumente da sind, um das weiter im Blick zu behalten und die Frauen- und Gleichstellungsförderung weiter nach vorne zu bringen. Ich glaube, das sind Aufgaben, die wir uns für die Zukunft über die kurzfristige Pandemiebewältigung hinaus noch vornehmen müssen.

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Vielen Dank! – Wir kommen in die Antwortrunde. Sie haben die Möglichkeit, auf die sehr umfangreichen Fragen der Abgeordneten zu reagieren. Wir beginnen wie gesagt mit Frau Dr. Simonis.

**Dr. Annette Simonis (LAMB)** [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Ich fange mal von vorne an. Herr Schulze fragte nach den Formen hybrider und Onlinelehre und der Zukunft. Ich denke, darin liegen viele Chancen, und wir müssen überlegen, wie und welche Veranstaltungen man am besten und einfachsten hybrid machen kann. In der Medizin ist so etwas aus datenschutzrechtlichen Gründen problematisch, aber das sollte in anderen Bereichen vielleicht einfacher sein. Das sind aber Probleme, die man klären muss, wie es zum Beispiel mit dem Datenschutz derjenigen, die in Präsenz da sind, im Verhältnis zu denjenigen, die sich das anhören oder ansehen, aussieht. Da gibt es für Prüfungen, für Seminare, für Beratungen so viele verschiedene Plattformen und Ideen, die man sich vornehmen kann. Da ist auch die Frage insgesamt an das Land Berlin, auch an die Abgeordneten, wie es datenschutzrechtlich aussieht, wie wir das an den Hochschulen so sicher umsetzen, dass nicht irgendjemand dabei geschädigt wird.

Ein weiterer Aspekt, der für die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wichtig ist, ist die Frage der haushalts- oder drittmittelfinanzierte Vertragsbedingungen. Dabei ist es schon so, dass die Hochschulen in Berlin, die Universitäten zum Beispiel, so viele Drittmittel haben, dass sie mehr Personal über Drittmittel finanzieren. Die Verträge sind alle befristet, und sie sind oft genug sehr kurzzeitig befristet, im Gegensatz zu den haushaltsfinanzierten Verträgen, die man aufgrund der Qualifizierungen, die damit verbunden sein sollen, natürlich länger ausgestalten kann. Im Bereich der Drittmittelfinanzierung sollte es auch möglich sein, andere Lösungen zu finden. Schwierig sind im Rahmen der Pandemie unter anderem die ganzen Graduiertenstudiengänge. Die laufen einfach aus, und wenn man in der Zeit nicht sein Ziel erreicht hat, ist man im Normalfall auf Hartz IV angewiesen. Die Betroffenen haben in der Zeit keine Sozialversicherungsbeiträge gezahlt.

Das nächste Thema war zum internationalen Austausch. Mir liegen keine Zahlen vor, aber vielleicht weiß Herr Ziegler Zahlen dazu zu nennen, die aus dem DAAD kommen, wie sich der Austausch im Jahr 2022 verändert hat, auch was an Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler zum Teil zu uns gekommen sind. Ich habe es nur von Kolleginnen und Kollegen der verschiedenen Universitäten und Hochschulen wahrgenommen, dass das nach wie vor ein Problem darstellt, allerdings sicherlich nicht in allen Bereichen.

Die Frage zur Gleichstellung und Förderung von Frauen: Da sind sicherlich neue Modelle erforderlich: einmal Tandemlösungen in irgendeiner Form. So etwas fängt man zum Beispiel in der Medizin für entsprechende Leitungspositionen an zu entwickeln, aber das ist auch in anderen Bereichen möglich. Ich denke, dass man sich von den Modellen verabschieden muss, die wir bisher gefahren haben. Der demografische Wandel wird einen Teil dazu beitragen, aber auch, denke ich – jedenfalls wegen dem, was ich aus Studien oder sonst der Presse wahrnehmen –, wie die Generationen die Work-Life-Balance für sich selbst sehen und dass das anders ist als früher. Abgesehen davon werden die Bewerberzahlen immer weniger, und wir müssen sehen, wie wir mit den reduzierten Bewerbern und Bewerberinnen nachher sinnvolle Modelle finden, die sie langfristig an den Universitäten halten – in Forschung, Lehre und natürlich in der Verwaltung.



Das Problem, dass Menschen, die ins mobile Arbeiten oder ins Homeoffice gegangen sind, nicht zurückkommen oder nur schwierig zurückfinden, gibt es, glaube ich, in vielen Bereichen. Das ist zum Teil in der Verwaltung so, wie es auch bei Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen ist. Das bedeutet, dass man die Betroffenen überzeugen muss, vielleicht vermehrt ins Büro zu kommen. Wenn die Räumlichkeiten dort nicht stimmen, dass alles zu eng und zu knapp bemessen ist, dann wird es schon problematisch. Ich denke, digitale Formate und die Vertragsverhältnisse im wissenschaftlichen Mittelbau aus meiner Sicht als Vertreterin der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollten unbedingt weiter entwickelt werden. – Ich hoffe, ich habe nichts vergessen. Falls noch jemand eine zusätzliche Frage hat, fragen Sie bitte nach. Danke schön!

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Vielen Dank! – Wir setzen mit Herrn Prof. Dr. Ziegler fort.

**Dr. Günter M. Ziegler (LKR):** Danke schön! – Das waren in der Tat sehr viele Fragen, und da sind einige dabei, wo wir sehr viel Zeit bräuchten, die wir am Ende vielleicht nicht haben. Ich bin seit zwölf Uhr in der Kuratoriumssitzung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, wo es Probleme mit der Beschlussfähigkeit gibt, deswegen muss ich dann los. Das heißt insbesondere, dass ich keine Zeit habe, erstens etwas zur der Frage von Masken usw. – sorry, Herr Förster! – und zweitens zu den Bewerber- und Bewerberinnenzahlen, dem Fachkräftemangel usw. zu sagen. Das ist letztlich ein großes Thema, das eben angerissen wurde, zum Beispiel auch in Hinblick auf unsere Lehramtsstudiengänge, wo wir weit über 1 000 Bewerbungen auf die Grundschulsonderpädagogik Deutsch, aber die Bewerbungen als Chemielehrerin und -lehrer nicht haben. Über Bewerberzahlen sage ich nichts, und da ist das Internationale auch wichtig. Frau Plaumann, sorry, für das ganze Thema Berufungen, Gender Publication Gap, glaube ich, brauchen wir irgendwann einmal eine Extrastunde oder zwei, um in Ruhe voranzukommen, aber vielleicht sagen Sie etwas dazu.

Das heißt, ich kann nur zu zwei Komplexen ein bisschen etwas sagen. Das eine ist die Frage nach der hybriden Lehre. Da sage ich zunächst einmal, dass didaktisch das Beste die echte Lehre im Hörsaal oder im Seminarraum ist. FU Berlin steht nicht für „Fernuniversität Berlin“, sondern für „Freie Universität Berlin“. Zu dem Stichwort gleich noch eine Einladung: Der Ernst-Reuter-Tag ist nächsten Freitag. Susanne Baer redet über die Freiheit der Wissenschaft. Das Zweitbeste ist, glaube ich, die digitale Lehre, und das Drittbeste oder didaktisch Schwierigste sind eigentlich die hybriden Sachen. Dann habe ich als Dozent die Studierenden vor mir, und die dann separat ist auch das Aufwendigste. Wir müssen weiter daran arbeiten. Auch in der Coronasituation ist es durchaus sinnvoll, wenn man Präsenzlehre macht, das hybrid mitlaufen zu lassen. Wir müssen da noch mehr lernen. Das ist in unterschiedlichen Fächern auch etwas Unterschiedliches. Die Medizin ist da sowieso noch etwas Spezielles, aber das geht in manchen Richtungen besser, und in anderen Richtungen ist es schwieriger. Da müssen wir mehr lernen. Zur Unterstützung und auch für die nächsten Jahre sage ich mal: Flachbildschirme haben wir letztlich genug. Elektronik usw. zu kaufen, war in der Pandemie wichtig. Wir brauchen im Prinzip dauerhafte Unterstützung, wo es dauerhafte Aufgaben gibt. Da ist nicht in Flachbildschirme zu investieren, sondern in Köpfe. Das ist – wo auch Frau Simonis eben aufhörte – im Wissenschaftlerbereich, aber auch im unterstützenden Bereich, wo wir eigentlich mehr brauchen und das auf Dauer. Mit dem Sonderprogramm des Senats können wir Flachbildschirme, Eulen und die Sachen kaufen, aber nicht Leute auf Dauer einstellen – so viel zur hybriden Lehre.

Der andere Komplex ist der Komplex mit der Rückkehr auf den Campus. Ordentliche Zahlen über Abbrüche aus der Pandemie habe ich weiterhin nicht. Das liegt unter anderem daran, dass wir nicht wissen, wer abgebrochen hat oder wer unterbrochen hat, wer doch zurückkommt. Ein gewichtiges Argument gegen einen nochmaligen Semesteraufschub mit allen Prüfungen usw. ist, dass die Rückkehr immer schwieriger wird, je länger man weg war. Da, wo Leute zurückkommen, müssen wir die begrüßen und in Empfang nehmen und sehen, was an Möglichkeiten da ist, um zu unterstützen. Eine Sache, die wir auch sehen, ist, dass wir durch die Verzögerungen durch Corona und mehrere Semester eine große Zahl von Studierenden und Abschlussarbeiten, die zu korrigieren sind, vor uns herschieben. Die Angst ist, dass der Stapel von Sachen, die am Ende nicht nur zu korrigieren, sondern in der Endphase auch zu betreuen sind, immer höher wird. Da sind wir bei der Belastung nicht der Studierenden, sondern der Lehrenden, die das Ganze stemmen müssen und wollen, aber wo eine große Last ist.

Was wir trotzdem sehen, ist die Belastung der Studierenden. Wir haben im Sommersemester schon gesagt: Wer in Berlin studiert, bitte nach Berlin von wo auch immer zurückkommen. – Das ist gut und wichtig und die Präsenz ist eben das, was da ist. Wie gesagt, der beheizte Präsenzhörsaal ist sicher besser, als frierend und vereinsamt vor dem Bildschirm zu Hause zu sitzen, wobei wir auch die Nebenprobleme haben, dass die Mieten in Berlin explodieren, dass die Studierendenwohnheime bei Weitem nicht die vielen Plätze geschaffen haben, die versprochen waren. Da braucht es wirklich einen Push; da ist auch die Frage nach dem BAföG. Das spielt alles zusammen. Studieren in Berlin ist attraktiv, das ist auch für die, die neu kommen und sollen. Wir wollen auch dafür werben, aber wir müssen dann auch in das Ermöglichen. Das Ermöglichen braucht Unterstützung; das ist auch eine Frage der Finanzen, aber es braucht auch ein Engagement. Das Angebot des Engagements seitens der Hochschulen steht. – So viel von mir!

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Vielen Dank! Wir bedanken uns schon einmal im Vorgriff, weil Sie, Herr Prof. Dr. Ziegler, gleich losmüssen, dass Sie da waren! – Wir würden mit Herrn Tiedje fortfahren.

**Gabriel Tiedje (LandesAStenKonferenz):** Danke schön! – Ich würde von hinten anfangen. Frau Gote, natürlich wurden die Studierenden vergessen. Die Studierenden wurden von den Unis zu Beginn der Pandemie vergessen. Die TU Berlin war die einzige Hochschule, bevor das Abgeordnetenhaus gemeinsam mit dem Senat eine Entlastung für die Studierenden beschlossen hat, die es geschafft hat, den Studierenden einen einzigen Freiversuch als halb-garen Kompromiss zu geben. Das ist etwas, was sich durchzieht. Dann wird gesagt: Oh, die Studierenden nehmen so viel Rücksicht! – Natürlich nehmen wir Rücksicht. Wir bewegen uns in einem gesellschaftlichen Rahmen. Das Problem ist, wenn wir Rücksicht nehmen, dass uns das negativ ausgelegt wird. Das passiert aktuell weiterhin bei den Studierenden, die versuchen, aus Rücksichtnahme zu sagen: Ich bleibe jetzt zu Hause und das, obwohl das Angebot nicht hybrid ist, wie es sein sollte. – Es sollte hybrid sein, weil das allen Studierenden ermöglichen würde teilzunehmen. Ich verstehe vollkommen, dass es nicht 100 Prozent hybrid sein kann, weil es ein Arbeitsaufwand jenseits von Gut und Böse ist, eine sinnvolle Hybridveranstaltung zu machen. Da muss eine ordentliche Ausstattung her, aber die Studierenden sind immer noch in diesem Problem. Dann bleiben die Studierenden irgendwie in ihrem Problem stecken, und es ist niemand da, der ihnen helfen kann.

Klar, wir brauchen mehr psychologische Beratung. Schon vor der Pandemie hat die Sozialerhebung des Studierendenwerks ergeben, dass 30 Prozent aller Studierenden im Laufe ihres Studiums irgendwann einen Burn-out oder eine depressive Phase haben. 30 Prozent – das würde bedeuten, dass wir in Berlin jedes Jahr 20 000 bis 25 000 Studierende vor der Pandemie hatten, die von Burn-out oder Depression betroffen waren. Das bedeutet wahrscheinlich jetzt, dass wir eher über 30 000, wenn nicht sogar 40 000 Studierende pro Jahr reden, die Burn-out oder Depression haben. Wir brauchen nicht nur psychologische Beratung, wir brauchen auch Therapieplätze. Die sind Mangelware, und die wird man auch nicht aus dem Hut zaubern können. Das ist eine Schwierigkeit, dass wir diese Leute, die aus welchen Gründen auch immer verloren sind, weil sie vielleicht nie in Präsenz studiert haben und vielleicht mit der neuen Situation Präsenzuniversität überhaupt nicht klarkommen, aber auch die Studierenden, die irgendwann einmal in Präsenz studiert haben und dann rausgefallen sind, weil sie mit der Onlinelehre nicht klarkommen, wieder an die Hochschulen ziehen. Da stößt auch das aufgelegte Sonderprogramm zur Studienrückkehr und dem Mentoringprogramm an die Grenze, dass es nur die Studierenden erreicht, die überhaupt schon den Schritt in die Universität gemacht haben. Diejenigen, die aus welchen Gründen auch immer davor hängen geblieben sind, können wir nicht erreichen.

Das Problem, was darauf folgt, ist, dass wir weniger Abschlüsse haben. Wir haben aber nicht so viele Abbrüche. Das ist eine Folge der Regelung, die wir gemacht haben, die den Studierenden im Zweifel ermöglicht: Mach die Prüfung, falle durch, verlängere deine Abschlussarbeit noch einmal um drei Monate, es ist egal –, weil die Alternative Abbrüche sind. Dann würden wir die Leute zwar nicht mehr in der Universität mit ihrer Depression, ihrem Burn-out oder ihrer Perspektivlosigkeit sitzen haben, sondern ohne Abschluss im Jobcenter. Damit ist auch niemandem geholfen. Man muss sich wirklich überlegen, wie wir die Studierenden wieder dazu bekommen, zu arbeiten, wie wir ihnen die Ängste und die Überforderung, die sie in der aktuellen Situation haben, nehmen können und was die Studierenden dafür brauchen. Ein bisschen Druck kann manchmal helfen, aber ich glaube, zu viel Druck sorgt vielleicht dafür, dass 10 Prozent der Leute zum Diamanten werden, die anderen 90 Prozent der Leute gehen daran kaputt. Wir leben nicht mehr in den Sechziger- oder Siebzigerjahren, wo wir gesagt haben, dass 5 oder 10 Prozent der Bevölkerung studieren geht, und da wird nur die Elite ausgebildet. Nein, 50 Prozent der Bevölkerung wird an den Hochschulen ausgebildet, das ist nicht nur die Elite, das ist der Otto-Normal-Mensch nebenan, der eine akademische Ausbildung bekommen soll und der am Ende des Tages wahrscheinlich nicht mit so einem extremen Druck umgehen kann.

Zu der Frage, was Entlastungen wie Freiversuche und Fristverlängerungen bringen: Fristverlängerungen helfen in der Situation, wo man den Schritt schon gemacht hat und dann feststellt: Ich bin überfordert –, oder: Ich schaffe es aus diversen Gründen nicht, relativ bürokratiarm mehr Zeit zu bekommen –, am Ende nicht durchzufallen, weil man es in der Zeit nicht geschafft hat. Es hilft den Leuten, den ersten Schritt zu gehen und mit der Abschlussarbeit, mit der Hausarbeit anzufangen und, wenn Sie im Laufe des Prozesses merken, dass das zu viel war, nicht zum Arzt und mit dem Attest vom Arzt zum Prüfungsausschuss rennen zu müssen, dass der Prüfungsausschuss der Erfahrung nach doch sehr individuell entscheidet. Da gibt es gravierende Unterschiede in der Handhabung von Krankheiten, von Pflege, von Mutterschutz an den Hochschulen in der Breite, auch innerhalb der Hochschulen, welche Prüfungsausschüsse großzügige Verlängerungen gewähren und welche nicht. Das ist ein rechtliches Problem, das man aber umgehen kann, wenn man sagt, dass es keine Fristen dafür mehr

gibt. Sind wir ehrlich: Bei Abschlussarbeiten werden 90 Prozent der Professoren und Betreuer den Studierenden sagen: Melde erst an, wenn du quasi fertig bist. – Das ist die Situation an den Hochschulen, und dann kann man es eigentlich auch sein lassen.

Dasselbe mit den Prüfungsversuchen: Wenn die Leute Angst haben, dass sie durchfallen könnten, aber es vielleicht mit einer Vier schaffen, werden ein paar mehr Leute durchfallen, die anderen schaffen es mit einer Vier und kommen voran. Das ist, glaube ich, die Abwägung: Wollen wir, dass die Leute im Zweifel lieber noch länger warten, noch länger eingeschrieben sind, oder wollen wir, dass es die Leute versuchen? Wenn Sie es versuchen sollen, müssen wir ihnen die Angst nehmen, es zu versuchen, wenn sie sich noch überfordert fühlen. Ich glaube, dafür helfen Freiversuche, weil sie sagen: Geh hin, mach dein Ding. Du musst auch nicht das Gefühl haben, dass du täuschen musst, weil du eigentlich überfordert bist. Wenn du durchgefallen bist, machst du es in zwei Wochen bei den Nachschreibeklausuren noch einmal. – Ich glaube, da helfen die Maßnahmen auch weiterhin, Studierende zu bewegen, dass sie dabeibleiben, nicht ganz aufgeben und nicht nur eingeschrieben bleiben, weil sie nicht wissen, was sie anderes tun sollen.

Herr Förster! Sie haben gefragt, ob andere Bundesländer das mit den Hoppla-Hopp-Regelungen besser hinbekommen haben: meines Wissens nein. Es ist das Problem des dauerhaften Krisenmodus. Man kämpft immer wieder um dieselben Probleme herum. Es gibt Maßnahmen, dann werden die leicht angepasst, dann wird es ein bisschen besser, dann werden sie leicht angepasst, dann wird es ein bisschen schlechter. Man kommt nicht dazu zu sagen: Wir haben einen eingespielten Modus, der jetzt durchgezogen wird. – Das war auf politischer Ebene, aber auch auf der Hochschulebene so. Jedes Semester hatte dieselben Probleme, und jedes Semester waren die Lösungen dieselben. Es ist schwierig.

Die soziale Situation der Studierenden: Viele Studierende sind wieder in Jobs oder suchen sich Jobs. Aktuell ist es hinreichend schwierig, weil die Studentische-Hilfskraft-Lohnschwellen, die die Hochschulen zahlen, dafür sorgen, dass selbst die Studierenden, die Teilzeit neben ihrem Studium arbeiten, unterhalb der Armutsschwelle leben müssen. Viele Studierende jobben neben dem BAföG oder dem Unterhalt der Eltern. Das ist nichts Neues, das ist schon seit den Neunzigerjahren so, und einer der Hauptgründe, warum sich Studienabläufe verzögern, dass sich daneben um Geld gekümmert werden muss. Die Situation ist durch die Inflation prekärer geworden. Das heißt, viele Studierende dürften sich jetzt überlegen, wie sie vielleicht ihren Job aufstocken können, wie sie vielleicht noch einen zweiten Nebenjob finden können, damit sie überhaupt in die Lage kommen, ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Das, was bisher an Hilfe für diejenigen geflossen ist, die keinen Job und BAföG hatten, sondern vielleicht gerade so mit den 600, 700 Euro, die sie von den Eltern bekommen haben, über die Runde gekommen sind, ist genau gar nichts. Wenn die sich überlegen: Okay, wie bekomme ich die Miete, die Nebenkosten und alles andere hin? –, wenn die Eltern nicht die reichsten auf der Welt oder geizig sind und nur das zahlen, was sie an Unterhalt zahlen müssen, werden diese Studierenden auch anfangen müssen, sich Jobs zu suchen, die aber, gerade auch im universitären Bereich, aktuell unterbezahlt sind. Ich glaube, da läuft auch der Tarifvertrag aus. Da muss relativ zeitig eigentlich eine Anpassung, auch eine zeitnahe vor den Tarifverhandlungen, erfolgen.

Es gab eine Frage zu den Austauschprogrammen beim DAAD von Herrn Förster. Wir hatten bei uns in der Beratung durchaus Studierende sitzen, die zu Beginn der Pandemie 2020 ins

Ausland fliegen wollten, die ein Stipendium bekommen hatten. In einem der betreffenden Fälle kam das nicht zustande, weil das Gastland gesagt hat: Nein, wir lassen niemanden einreisen, und es ist sowieso kein Präsenzbetrieb. – Die Studierende hatte dann nicht die Ahnung, dass die DAAD-Regelung nur eine Verschiebung innerhalb einer Jahresfrist erlaubt, hatte sich dann im letzten Semester gedacht, jetzt ist Corona vorbei, ich organisiere mir das jetzt, und musste dann erschrocken feststellen, dass dieses Stipendium weg war und dass Sie vor allem auf den damaligen Reisekosten zu 100 Prozent sitzengeblieben ist, weil sie schon frühzeitig im März in das Land geflogen war. Ich glaube, da sind ein paar Probleme auch wirklich finanzieller Natur entstanden. Da sollte man sich generell mal die Regelungen und Statuten zu Gemüte führen und generell einen sinnvolleren Umgang dafür finden, was eigentlich passiert, wenn das Gastland Nein sagt, ob die Flugkosten erstattet werden und wenn ja, was dafür notwendig ist etc. – Ich glaube, damit bin ich so weit durch. Herzlichen Dank!

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Vielen Dank! – Dann haben wir jetzt Frau Plaumann.

**Susanne Plaumann (LaKoF):** Ich bemühe mich, auf so viel wie möglich einzugehen! Zu den Fragen von Tobias Schulze zu den notwendigen Veränderungen im Auswahlverfahren: Ja, das würde ich auch so sehen, aber das wird schwierig sein, weil sie sehr stark fachkulturell geprägt sind. Die LaKoF hat im Rahmen der Klausurtagung aufgenommen, wie Berufungsverfahren überhaupt umgesetzt werden. Bei gleicher Gesetzeslage ist das sehr verschieden, und da überhaupt gemeinsame Qualitätskriterien herauszukristallisieren, war nicht so einfach. Ich kann mir aber auf jeden Fall mehr vorstellen, als wir bisher haben. Ich denke, man muss nicht nur rein auf quantitative Kriterien setzen, sondern auch sehr stark auf qualitative. Berufungsverfahren sind aber auch davon geleitet, wie viel Menschen sich bewerben. Wenn ich 70 Bewerbende haben, habe ich ganz andere Möglichkeiten, als wenn sich zwei oder vier bewerben. Das ist ein hochkomplexes Feld. Ich kann mir vorstellen, dass wir stärker auf eine Kompetenzorientierung und auch auf Potenzialanalysen setzen könnten. Das setzt aber auch einen Kulturwandel voraus und könnte, sage ich mal, im weiteren Sinne für die Gleichstellung, auch im Hinblick auf andere Diversitätskriterien, Effekte bringen.

Darauf konnte ich bei meiner Aufzählung nicht eingehen, aber im Moment werden bestimmte Instrumente erprobt. Die FU arbeitet in Berufungsverfahren mit einem Selbstauskunftsbogen, wo Bewerbende angeben können, ob sie pandemiebedingte Einschränkungen hatten, die dann in die Synopsen einfließen. Ob das ein gutes Beispiel ist, weiß ich nicht, aber da könnte man noch einmal nachfragen. Die Charité hat ein Pilotprojekt mit der sogenannten MERIT App, die eine Vorauswahl der Bewerbenden für die Berufungskommission vornimmt und die eine sehr schicke Kombination von Schulungselementen wie Filmen, Clips, Checklisten integrieren lässt. Da wäre ich sehr gespannt, ob das gut ist und ob das auch andere Hochschulen übernehmen könnten oder wollten.

Zu Frau Neugebauer – Postdocs: Da wäre ganz wichtig, die Tenure-Track-Verfahren anzuschauen, wie die aussehen und ob die möglichst verzerrungsfrei sind. Dabei würde ich es belassen. Das Berufungsmonitoring, das wir bislang haben, ist stark rückwärtsgerichtet, und ich glaube, bei den Instrumenten, die wir einsetzen, müssen wir vielleicht viel stärker auf die Bewerberinnenanalyse oder auf das, was wir vermuten, was wir an Bewerbende erreichen können, setzen. Man müsste mit den Strukturentwicklungsplänen viel stärker in die Nachfolgeplanung gehen, also früher ansetzen. Ich bin da ganz bei Herrn Ziegler. Wir sollten uns da Zeit und Raum geben, das in der Breite und etwas tiefer zu würdigen.

Die Frage nach Homeoffice bzw. mobiles Arbeiten: Es ist ganz wichtig und führt zu einer Flexibilisierung, aber nicht zu der Entlastung von Personen, die Pflegearbeit leisten. Es kann vor allem nicht alleine die Maßnahme sein. Ich bin auch bei Ihnen, dass wir die Kitabetreuung und auch die Hortbetreuung ausbauen müssen, aber wir haben da einen Fachkräftemangel. Das muss man auch sehen. Wenn es uns nicht gelingt, diese Personen auszubilden und ihnen ein attraktives Gehalt zu bieten, haben wir an der Stelle ein Problem.

Die Familiengerechtigkeit an den Hochschulen muss weiter ausgebaut werden. Soweit ich weiß, sind die meisten Familienbüros an den Hochschulen projektfinanziert. Das heißt, dass auch das eine Finanzierungsfrage ist. Wenn man Entlastungsstrukturen, zum Beispiel so etwas wie eine Kindernotbetreuung, flexible Betreuung oder eine Ferienbetreuung, setzen will, dann kostet es Geld. Es muss vorgehalten werden. Eine familiengerechte Hochschule muss ihre Strukturen verändern. Das ist ein langfristiger Prozess, und es muss identifiziert werden, was verändert werden muss, damit das für Menschen mit Familie oder im weiteren Sinne für alle Menschen, die Verantwortung für andere Menschen übernehmen – damit sind nicht nur Menschen gemeint, die Eltern sind –, etwas bringt.

Die Rollen der Frauenbeauftragten zu stärken, ist mir ein genuines Interesse. Ich bin seit 31 Jahren Frauenbeauftragte in Berlin, aber die Ausstattung in den Büros ist sehr unterschiedlich; einige haben gar kein Büro. Das, fürchte ich, wird auch Geld kosten. Ich bin mir bewusst, dass das in den Krisenzeiten, die wir haben, keine angenehme Forderung ist. Diese Institution gibt es schon lange, es ist ein Erfolgsmodell, aber wie gesagt, wir müssen weiter arbeiten, der Job ist noch nicht gemacht. – Danke!

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Vielen Dank! – Als Letzten hätten wir noch Prof. Dr. Möckel.

**Dr. Martin Möckel** (Charité – Universitätsmedizin Berlin): Vielen Dank für die zahlreichen Fragen! – Ich steige mit dem Sachstand ein, weil es ein Missverständnis gab. Ich habe darüber berichtet, was wir in der Pandemie gemacht haben. In der Pandemie war es so, dass wir im Modellstudiengang Medizin 50 Prozent online und 50 Prozent in Präsenz unterrichtet haben, also Unterricht am Krankenbett und Praktika in Präsenz und Seminare und Vorlesungen online. Bei den Gesundheitswissenschaften und dem Master Health Professions Education waren wir die ersten beiden Pandemiesemester vollständig online und sind dann schrittweise wieder in Präsenz zurückgekehrt. Wir haben in diesen Masterstudiengängen, in den weiterbildenden Mastern, zum Beispiel immer noch Onlineanteile. Seit dem letzten Sommersemester sind wir im Medizinstudium wieder vollständig in Präsenz und in diesem Wintersemester auch. Aus meiner Sicht ist das auch das beste Format. So wie Herr Ziegler das gesagt hat, würde ich das auf jeden Fall unterstützen. Wenn man zusammen sitzt und ein Seminar macht, ist es besser, als wenn man irgendwie vorm Computer sitzt.

Jetzt ist die Frage nach Hybrid. Aus der Lehrendenperspektive brauchen wir Hybrid im Moment nicht unbedingt. Wir haben aber von den Studierenden Signale, dass die sagen: Na ja, warum kann ich mich nicht zu einem Seminar zuschalten, wenn ich zum Beispiel im Winter krank werde? Dann versäume ich nichts und kann meine Fehltermine für andere Sachen aufsparen. – An der Stelle haben wir im Rahmen der Qualitätsoffensive im Land Berlin ein kleines Forschungsprojekt, wo wir versuchen – die TU macht auch mit –, dieses Hybridformat

sowohl vom Didaktischen als auch vom Technischen her einmal komplett aufzurollen. Das ist jetzt erst gestartet; wir sind erst in der Arbeitsphase.

Aus meiner Sicht stellen sich die folgenden Herausforderungen: Die hybride Lehre ist – da sind wir uns alle einig – nicht dasselbe, und die Frage ist, warum eigentlich nicht, und wie sieht es konkret aus. Wie viel schlechter ist die hybride Lehre in der Weise, dass jemand zu Hause sitzt und digital teilnimmt? Welche technischen Voraussetzungen braucht er, damit das optimal läuft? Da komme ich zurück zu meiner Erfahrung mit Onlineseminaren. Wir hatten am Anfang ein bisschen Netzprobleme. Dann haben wir allen gesagt, macht einmal die Kameras aus, damit wir euch alle hören. Nach einem halben Jahr waren die Netzprobleme weg. Dann habe ich gesagt, macht bitte eure Kamera an, damit ich euch im Seminar sehen kann. Wie viele machen die Kamera an? Ein bis zwei und die anderen nicht. Wenn Sie das Seminar beendet haben, und ein bisschen drinbleiben, gibt es drei, vier Leute, die immer noch drin sind, die also eigentlich gar nicht da sind. Man hat eine gewisse Herausforderung, und das gibt es im hybriden Bereich auch. Was mache ich, wenn ich sage, dass ich als Voraussetzung möchte, dass die Kamera immer an ist, dass man sich aktiv beteiligt und jemand sagt: Nein, das geht nicht, weil mein Netz zu schlecht ist –, oder: Ich habe Netzprobleme. – Was darf ich dann machen? Da gibt es rechtliche Probleme, weil ich den Studierenden den Unterricht auch irgendwie gewährleisten muss.

Ein weiterer Aspekt ist, dass wir sehen, dass das Bedürfnis, zum Beispiel bei einer milden Krankheit nicht in die Uni und niemanden anstecken zu wollen, hybrid online teilzunehmen, einen Vorteil hätte, aber immer auch einen Kollateraleffekt auf die anderen hat. Wenn ich wissenschaftliche Veranstaltungen sehe, die hybrid stattfinden, dann ist die Präsenzteilnahme überproportional geringer. Das hat auch wiederum Nachteile. Es ist teuer und aufwendig. Deswegen glaube ich, dass wir ein vernünftiges Konzept brauchen, das für die Medizin Besonderheiten hat und vielleicht in anderen Bereichen einfacher ist. Daran arbeiten wir, und werden es sehr großzügig präsentieren, was wir herausgefunden haben. Ich möchte gerne im kommenden Sommersemester eine experimentelle Hybridseminargruppe einrichten, wo man sich freiwillig einschreiben kann, wo in dieser Gruppe möglicherweise auch mal kranke Studenten in bestimmtem Umfang zugeschaltet werden können. Wir prüfen, inwieweit das rechtlich möglich ist, aber ich bin sehr optimistisch, dass wir das für eine Gruppe auf freiwilliger Basis machen können. Dann werden wir Erfahrungen sammeln, wie das funktioniert und was die Pros und Cons sind.

Grundsätzlich wurde, auch von Ihnen, Frau Gote, angesprochen, dass wir in den letzten zweieinhalb Jahren sehr viel mehr digitale Kompetenz gewonnen haben und warum man das nicht in die Gegenwart mitnimmt. Ich glaube, wenn man von Online- und digitaler Lehre spricht, denkt man sehr schnell an Ersatz von Präsenz durch digitale Formate. Das sehe ich komplett anders. Ich würde sagen, die digitale Lehre ist viel mehr als Ersatz, und es ist viel mehr, dass wir zum Beispiel digitale Simulationen machen – da ist digital auch sehr viel möglich – oder dass wir Blended Learning machen. Das ist zum Beispiel eine Sache, die wir sehr gerne machen. Wir haben ein Präsenzformat, aber wir haben eine digitale Vorbereitung und Nachbereitung, und das optimiert dieses ganze Lehrerlebnis. Dafür brauchen wir auch Ihre Unterstützung, dass diese Blended-Formate – also nicht Hybrid, sondern Blended – in der LVVO abgebildet sind und nicht zur Bestrafung derer führt, die das aufwendig machen. Da würde ich auch Herrn Ziegler noch einmal unterstützen, dass diese digitale Lehre vielleicht besser ist, aber auch aufwendiger ist. Das vielleicht zum Thema hybrid.

Zum Thema Abbruchquote kann ich sagen, dass wir im Modellstudiengang keine erhöhte Abbruchquote feststellen. Wir haben von der Zahl her sogar mehr Absolventen und Absolventinnen. Ich habe die Zahlen mitgebracht: 2019 hatten wir in der Medizin 614 Absolventinnen und Absolventen, 2020 666 Absolventinnen und Absolventen und 2021 672 Absolventinnen und Absolventen. Wir haben bei den Absolventinnen und Absolventen kein Problem. Wenn man sagt: Okay, der Absolvent ist das eine, aber die Exmatrikulationen sind vielleicht die andere Sache. Gibt es da Mehr-/Weniger-Tendenzen? – Das ist auch sehr stabil. Exmatrikulationen 2019: 668 – ich rede im Moment nur über Medizin –, 2020: 723, 2021: 678. Das ist stabil. Darauf sind wir auch stolz, dass wir es mit vielen Maßnahmen geschafft haben, diese Erfolgsquote hochzuhalten.

In dem Kontext Lernrückstände sind wir sehr dankbar über die Unterstützung, die wir bekommen. Wir haben 20 Tutorenstellen eingerichtet. Das hat ein bisschen gedauert, bis die Mittel wirklich geflossen sind, aber ich habe vor zwei, drei Wochen alle Einstellungsunterlagen unterzeichnet. Wir haben ein großes Simulations- und Lernzentrum, an dem die angesiedelt sind und in dem wir versuchen, im Peer-to-Peer-Teaching im Simulationszentrum diese ganzen praktischen Fertigkeiten zu unterstützen. Da sind wir dran. Die Medizin ist da vielleicht noch ein bisschen etwas Besonderes und nicht ganz mit Geistes- oder den Naturwissenschaften vergleichbar.

Die Krankheitsquote wurde angesprochen. Die Krankheitsquote war 2020 unter den Ärzten und Ärztinnen sensationell niedrig. Im Moment ist die Krankheitsquote bei unseren Beschäftigten sowohl im Klinikum als auch in der Fakultät immer noch relativ hoch. Das ging im Juni/Juli dieses Jahres los, dass wir sehr viele Ausfälle hatten. Damals war es überwiegend Corona, aber jetzt ist es nicht mehr überwiegend Corona, sondern wir haben einen hohen Krankheitsausfall aus verschiedenen Gründen. Wir kennen die Diagnosen unserer Mitarbeitenden nicht, wenn die krank sind. Wir wissen auch nicht ganz genau, wie viele Coronakranke dabei sind, weil man das mittlerweile zu Hause feststellt und sich krankschreiben lässt. Das ist aber ein anhaltendes Problem. Ich sehe da auch eine gewisse Erschöpfung des Systems. Wir haben zwei Jahre durchgearbeitet, und jetzt ist ein bisschen die Luft raus. Wir sehen das wöchentlich in der Vorstandslage. Heute Morgen habe ich mitgenommen, dass eine kleine Tendenz zur Besserung da ist, aber gerade in der Pflege haben wir weiterhin einen hohen Ausstand.

Internationales in der Medizin: Wir haben in der Hauptzeit der Krise keine internationalen Gäste hier gehabt. Wir konnten auch keine Famulaturen – das ist ein Praktikum im Medizinstudium – für internationale Studierende gewähren. Nur das ERASMUS-Programm wurde durchgezogen, weil die ERASMUS-Studierenden unseren Studierenden gleichgestellt sind, aber oft gab es Probleme mit dem entsendenden Land oder mit der Reise, mit der Unterkunft. Das hat viele daran gehindert, auch formal mögliche Optionen auszunutzen. Da sind wir wieder zurück zur Normalität. Wir haben wieder Gastärzte und -ärztinnen, wir haben Studierende aus dem internationalen Bereich. Die sind alle wieder da.

Grundsätzlich ist es so, wenn man zwei Jahre Einschränkungen hatte, sind die Menschen, die das damals nicht gemacht haben, immer noch da, aber es sind auch andere nachgewachsen, die denselben Anspruch haben. Das wird man wahrscheinlich nicht vollständig ausgleichen können. Es wird ein paar Leute geben, die kein ERASMUS-Programm im Studium gemacht



haben, weil zu dem Zeitpunkt, als es passte, Corona war. Ich glaube, da darf man sich nichts vormachen. Wir haben Kollateralschäden dieser Krise und können nicht alles ausgleichen.

Was ich auch wichtig finde, was ich noch einmal unterstützen möchte, ist, dass wir sehr gerne mehr Kitaplätze auch für unsere Beschäftigten im Mittelbau hätten. Nicht nur für Frauen, auch für die Männer ist das wichtig, auch mit Zunahme von Erkrankungen bei Kindern. Sie haben vielleicht schon gehört, dass RS-Virus-Erkrankungen gerade sehr stark ansteigen, dass wir ein Problem in der Versorgung von Kindern in der Stadt haben. Das betrifft immer auch gleich die Beschäftigten, weil jedes Kind Eltern hat, die zu Hause bleiben und die Versorgung machen müssen. Das ist ein Riesenproblem. Unter den normalen Umständen kann die Kitabetreuung sehr viel Ausbau vertragen.

Das sind, glaube ich, die Punkte, zu denen ich noch etwas ergänzen konnte. Vielleicht ein bisschen aus eigener Initiative, weil das von Frau Simonis angesprochen worden ist, nämlich das Thema der prekären Beschäftigungsverhältnisse in Drittmittelverträgen: Mit dieser Thematik ist, glaube ich, noch einmal eine gesonderte Auseinandersetzung erforderlich, die den Rahmen dieser Ausschusssitzung übersteigt. Einen Punkt möchte ich aber machen, und zwar: Wir haben das großartige NUM, dieses nationale Netzwerk Universitätsmedizin, was coronagegriegt geschaffen hat, dass wir national viel besser vernetzt sind. Die Charité leistet on top die Arbeit eines Projektträgers. Es gibt in diesem Netz, das BMBF-gefördert ist, aber ein Riesenproblem, und das ist die Nichtabrechenbarkeit von unbefristetem Haushaltspersonal auf diesen bundesfinanzierten Drittmittelprojekten. Das heißt, ich habe eine akute Krise, ich brauche 10 Leute, die irgendwie ein Projekt machen, und diese 10 Leute sind auf dem Markt nicht da, die kann ich nicht ausschreiben usw., und dann bekommen die einen Halbjahresvertrag. Eigentlich müsste ich haushaltsfinanziertes Personal nehmen und vorübergehend umbuchen und neuen Aufgaben zuweisen. Ich habe gelesen, dass man im Sozialamt Neukölln auch Leute von überall hergeholt hat, die geholfen haben. So würden wir es im Forschungskontext auch gerne machen. Das ist aus meiner Sicht ein Systemfehler in dieser BMBF-Förderung, die ansonsten sehr gut ist, dass man Leute eigentlich nur in prekären Beschäftigungsverhältnissen anstellen kann. Das kann eigentlich nicht sein, dass eine öffentliche Förderung dazu führt, dass ich prekäre Beschäftigungsverhältnisse schaffe. An der Stelle wäre ich aus diesem Kreis hier über jede Initiative dankbar, die das zukünftig ändert. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Franziska Brychey:** Vielen herzlichen Dank! – Wir würden ganz kurz Frau Staatssekretärin Naghipour das Wort geben. Sie wollte noch zu einer Frage von Herrn Grasse ergänzen.

**Staatssekretärin Armaghan Naghipour (SenWGPG):** Nur der Vollständigkeit halber und ganz kurz, es wurde schon viel gesagt. Es kam die Frage zum Sonderprogramm Lernrückstände auf, wie es mit den Anträgen aussieht. Wir haben eben auch schon berichtet, dass das Ende der Antragsfrist Ende Mai war. Mittlerweile sind Anträge aller Hochschulen eingegangen. Es gab immer einen Gesamtantrag pro Hochschule, und die wurden alle positiv beschieden. Das heißt, die Maßnahmen befinden sich alle in der Umsetzung. Es geht mit diesem Programm vor allem darum – um darauf zurückzukommen, was Herr Tiedje gesagt hat –, den Studierenden entgegenzukommen, die Studierenden durch diese Peer-to-Peer-Maßnahmen, durch die Tutorien, wieder an die Hochschulen zu bekommen. Diese Maßnahmen – das hat Herr Möckel auch ausgeführt – kommen dem Thema studentische Beschäftigung auch zugute.

Insoweit sind wir zuversichtlich, dass wir mit dem Programm eine gute Unterstützung bieten können. – Danke!

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Vielen Dank! – Wir sind jetzt am Schluss der Anhörung, und ich möchte Ihnen im Namen des Ausschusses ganz herzlich für Ihre Zeit und Ihre Expertise danken! Es tut uns sehr leid, dass wir etwas verspätet gestartet und Sie vielleicht ein bisschen in Zeitnot gekommen sind, aber vielen herzlichen Dank, dass Sie heute bei uns waren und uns informiert haben. Danke! Wir werden uns sicherlich in der einen oder anderen Runde wiedersehen. – Meine Frage an die CDU-Fraktion ist, ob wir die Besprechung abschließen können. – Aus Sicht der CDU-Fraktion ja und aus Sicht der Koalitionsfraktionen ebenfalls. Dann würden wir die Tagesordnungspunkte 3 a bis c abschließen.

#### Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Wie gut ist die Berliner Wissenschaft auf die  
Energiekrise vorbereitet?**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis  
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke )

[0046](#)  
WissForsch

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 19. September 2022

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 5 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.